



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG - HOLSTEIN

24. Jahrgang · Heft 6

Juni 1972

Grafik des Monats: Bevölkerungsveränderung in den Ämtern

Aufsätze: Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten 1970

Bruttoinlandsprodukt 1960 - 71

Außenhandel

✕ Rechtspflegestatistiken ✕

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1970/71	1971/72	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt November bis März ¹		
INDUSTRIE²				
Produktionsindex	1962 = 100	167	162	- 3
Beschäftigte	1 000	192	188	- 2
Umsatz ³	Mill. DM	1 126	1 242	+ 10
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	24	23	- 4
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	7,3	7,0	- 4
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 095	2 376	+ 13
HANDEL				
Ausfuhr	Mill. DM	193,2	210,8	+ 9
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	170,1	187,6	+ 10
VERKEHR				
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	7 836	7 633	- 3
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	107,8	104,6	- 3
Grundstoffpreise ⁴	1962 = 100	104,0	106,1	+ 2
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte ⁴	1962 = 100	110,6	114,0	+ 3
landwirtschaftlicher Produkte ⁴	1961/63 = 100	96,8	106,9	+ 10
Lebenshaltung ⁵				
insgesamt	1962 = 100	126,6	134,1	+ 6
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	118,8	125,6	+ 6
GELD UND KREDIT				
Bestand am Monatsende				
kurzfristige Kredite ⁶	Mill. DM	3 433	4 064	+ 18
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	12 927	14 027	+ 9
Spareinlagen	Mill. DM	5 719	6 394	+ 12
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ⁸	Mill. DM	81	94	+ 15
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	49	64	+ 29
Lohnsteuer	Mill. DM	112	138	+ 23
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	189	207	+ 9

1) bei "Geld und Kredit": Oktober bis Februar 2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Baubranche und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 3) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer 4) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962 6) an die Nichtbankenkundschaft 7) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite 8) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer

INHALT 6/72

	Seite
Aktuelle Auslese	117
Aus dem Inhalt	118
Aufsätze	
Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten 1970	119—129
Das Bruttoinlandsprodukt 1960 bis 1971	129—133
Der Außenhandel Schleswig-Holsteins	134—138
Die Rechtspflegestatistiken	138—140
Grafik des Monats	Beilage
●ellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie)	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 1/1972

Landwirtschaftliche Betriebe 1960 und 1971
Wohnungsmieten
Altersaufbau der Bevölkerung
Essen außer Haus
Bevölkerungsvorausschätzung (Teil 2)

Heft 2/1972

Bevölkerungsentwicklung (Volkszählungen)
Wohnungen in Land und Bund
Langlebige Gebrauchsgüter in den Haushalten

Heft 3/1972

Umsätze 1970
Personalstruktur öffentlicher Dienst (Teil 1)
Gemüseanbau

Heft 4/1972

Volkszählung und Fortschreibung
Vermögen der Haushalte
Schichtung der Einkommensteuerpflichtigen

Heft 5/1972

Religionszugehörigkeit der Bevölkerung
Personalstruktur öffentlicher Dienst (Teil 2)
Nord-Ostsee-Kanal 1971
Einkünfte in freien Berufen
Wohngeld 1970
Kapitalgesellschaften



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

24. Jahrgang · Heft 6

Juni 1972

Aktuelle Auslese



Guter Start im Wohnungsbau 1972

Der Rekordbauüberhang am Jahresende 1971 sowie die günstige Witterung in den Wintermonaten des Jahres 1972 haben zu einem guten Bauergebnis geführt. Von Januar bis April dieses Jahres wurden in Schleswig-Holstein 3 833 Wohnungen fertiggestellt. Damit wurde das Ergebnis des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes um 22 % übertroffen.

Auch bei den Baugenehmigungen kann trotz eines leichten Rückgangs von 4 % gegenüber den ersten vier Monaten des Vorjahres von einem guten Ergebnis gesprochen werden, denn im entsprechenden Vorjahreszeitraum war die Zahl der Baugenehmigungen außergewöhnlich hoch. Von Januar bis April 1972 wurde der Bau von 9 381 Wohnungen genehmigt.



Die Wirtschaft im 1. Vierteljahr 1972

Im 1. Vierteljahr 1972 erzielte die schleswig-holsteinische Industrie einen Umsatz von rd. 3,4 Mrd. DM, das waren lediglich 2,2 % mehr als im 1. Vierteljahr 1971. Löhne und Gehälter stiegen in der gleichen Zeit – bei rückläufiger Beschäftigtenzahl – um fast 9 %. Im Monatsdurchschnitt Januar bis März 1972 betrug die Zahl der Beschäftigten knapp 186 900 Personen. Die konjunkturelle Beruhigung zeigte sich auch in dem merklichen Rückgang der geleisteten Arbeiterstunden.

Die industrielle Produktion hat sich abgeschwächt. Beim Vergleich des 1. Vierteljahres 1972 mit dem des Vorjahres ergibt sich, daß die gesamte industrielle Produktion um 6 % zurückgegangen ist. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf einen kräftigen Produktionsrückgang bei der Grundstoffe und Produktionsgüter erzeugenden Industrie zurück-

zuführen (– 25 %). Bei den Verbrauchsgütern wurde dagegen eine um 6 % höhere Warenmenge produziert.

Im April 1972 erzeugte die schleswig-holsteinische Industrie um fast 11 % mehr Güter als im März 1972. In sämtlichen Warenbereichen gab es durchaus zufriedenstellende Zuwachsraten. Sie lagen zwischen 5 % und 15 %. Durch die positive Entwicklung im April 1972 ergibt sich für die ersten vier Monate 1972 im Vergleich zu denen des Vorjahres nur noch eine Abschwächung der industriellen Produktion um gut 4 %.

Die Zahl der Beschäftigten im schleswig-holsteinischen Handwerk belief sich im Monatsdurchschnitt Januar bis März 1972 auf 141 200 Personen. Sie blieb damit im Vergleich zum 1. Vierteljahr 1971 – bei leichten Veränderungen in den einzelnen Handwerksgruppen – nahezu konstant. Der Gesamtumsatz von 1,5 Mill. DM lag um 13 % über dem Umsatz des 1. Vierteljahres 1971. Bei einer überdurchschnittlichen Zunahme des Handwerksumsatzes von + 14 % ging der Anteil des Handels am Gesamtumsatz leicht zurück.

Im März 1972 stieg die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe in Schleswig-Holstein erstmalig in dieser Bausaison um nahezu 1 000 Personen an. Dennoch blieb der durchschnittliche Beschäftigtenstand im 1. Vierteljahr 1972 um 2 % hinter dem des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes zurück. Bedingt durch die ungünstigen Witterungseinflüsse im Januar und Februar konnte die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden des 1. Vierteljahres 1971 nicht erreicht werden. Hierbei blieb die Entwicklung vor allem im gewerblichen, industriellen und landwirtschaftlichen Bau mit 9 % und im öffentlichen und Verkehrsbau mit 11 % zurück, während die geleisteten Arbeitsstunden im Wohnungsbau das Ergebnis des 1. Vierteljahres 1971 um 3 % überschritten. Der Umsatz belief sich auf rd. 466 Mill. DM und war damit um 10 % höher als im Vergleichszeitraum.

Aus dem Inhalt

Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten 1970

Seite 119

Im Zeitraum 1961 bis 1970 wuchs die Zahl der Beschäftigten in den nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten Schleswig-Holsteins um knapp 53 000 (+ 6,9 %), die Zahl der Arbeitsstätten verminderte sich um fast 14 000 (- 13,9 %). Damit gab es 1970 in Schleswig-Holstein 813 400 Beschäftigte in 86 400 Arbeitsstätten. Im letzten Jahrzehnt hat sich die Tendenz zu größeren Wirtschaftseinheiten deutlich fortgesetzt; die durchschnittliche Beschäftigtenzahl einer Arbeitsstätte stieg von 7,5 Personen (1961) auf 9,4 Personen (1970). Von diesem Konzentrationsprinzip sind die kleinsten Wirtschaftseinheiten am stärksten betroffen worden.

Unter den Beschäftigten in den nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten Schleswig-Holsteins waren 1970 291 500 Frauen, das entspricht einem Anteil von knapp 36 % an allen Beschäftigten. In allen Beschäftigtenkategorien ist der Frauenanteil 1970 höher als 1961. Mit mehr als 122 000 Personen sind die weiblichen Angestellten die größte Gruppe aller weiblichen Beschäftigten.

Bei anhaltender Knappheit an Arbeitskräften ist es nicht verwunderlich, daß die Teilbeschäftigung von 1961 bis 1970 zugenommen hat, und zwar von rd. 42 000 Teilbeschäftigungsfällen auf 72 000 (+ 77 %). Teilbeschäftigung wird von Frauen erheblich häufiger als von Männern eingegangen.

Die Betriebsgrößenstruktur hat sich - gemessen an der Beschäftigtenzahl - erheblich verändert. Der Rückgang bei den Kleinbetrieben hat sich aber sehr unterschiedlich in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen ausgewirkt. Das Verschwinden der Kleinbetriebe ist im verarbeitenden Gewerbe besonders deutlich zu sehen.

Bruttoinlandsprodukt 1960-71

Seite 129

Das Bruttoinlandsprodukt hat sich in Schleswig-Holstein seit 1960 nominal, d. h. ohne Berücksichtigung der Preiskomponente, um 15,3 Mrd. DM auf 25,1 Mrd. DM erhöht, was einer Zunahme von insgesamt 157 % oder einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 9,0 % entspricht. Im gesamten Bundesgebiet stieg das Bruttoinlandsprodukt in demselben Zeitraum um 150 % an, so daß die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein auf diese lange Sicht nahezu parallel zu der im gesamten Bundesgebiet verlief.

Wie groß die Preiskomponente ist, kann man daran erkennen, daß das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins in der Zeit von 1960 bis 1971 nominal um 157 % gestiegen ist, während real - in Preisen von 1962 - eine Zuwachsrate von nur 65 % zu verzeichnen ist. Einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von nominal 9,0 % steht also eine reale Zuwachsrate von 4,7 % gegenüber. Als Differenz ergibt sich daraus eine durchschnittliche jährliche Preissteigerungsrate von 4,3 %.

An der Erstellung des Bruttoinlandsprodukts sind die einzelnen Wirtschaftsbereiche unterschiedlich beteiligt, und das Gewicht der einzelnen Wirtschaftsbereiche hat sich im Zeitablauf zum Teil erheblich verändert. Der wesentliche Beitrag in Schleswig-Holstein wird mit 43,4 % von dem warenproduzierenden Gewerbe geleistet.

In Schleswig-Holstein ist von 1960 bis 1969 die gesamtwirtschaftliche Produktivität - gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten - um 50 % gestiegen, was einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 4,6 % entspricht. Damit weist Schleswig-Holstein nahezu dieselbe Produktivitätssteigerung auf wie das Bundesgebiet, in dem die Zunahme 49 % betrug.

Außenhandel

Seite 134

Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten ständig ausgeweitet. Von 87 Mill. DM im Jahre 1950 ist sie auf 2,2 Mrd. DM im Jahre 1970 angestiegen. Die Milliardengrenze wurde 1960 überschritten. Der Anteil der Ausfuhr Schleswig-Holsteins an der Ausfuhr des Bundesgebiets hat sich in den letzten Jahren wenig verändert. Zwischen 1965 und 1970 schwankte er zwischen 2,0 % und 1,7 %. Von der Ausfuhr Schleswig-Holsteins im Jahre 1970 entfielen 13 % auf Güter der Ernährungsindustrie und 87 % auf Güter der gewerblichen Wirtschaft. Zu den wichtigsten Exporterzeugnissen gehören seit Jahren die Maschinen.

Rechtspflegestatistiken

Seite 138

Der Aufsatz gibt einen kurzgefaßten Überblick über die Statistiken aus dem Tätigkeitsbereich der Justiz. Die Justizstatistiken für Zivil- und Strafsachen werden seit 1969/70 durchgeführt. Die wichtigsten Angaben betreffen den Gegenstand, die Dauer und die Erledigung des Verfahrens. Die Strafverfolgungsstatistik ist eine der ältesten Rechtspflegestatistiken. Sie handelt von den rechtskräftig Abgeurteilten. Als Komplement zur Strafverfolgungsstatistik wird seit 1967 die Mord- und Totschlagsstatistik durchgeführt. Sie enthält Angaben über die nach den §§ 211 bis 213 StGB wegen Vollendung oder Versuchs als Täter, Anstifter oder Gehilfe rechtskräftig Verurteilten. 1961 wurde die Strafvollzugsstatistik eingeführt. Sie gibt Auskunft über die Anfangs- und Endbestände an Strafgefangenen, Sicherungsverwahrten und auf Grund strafrichterlicher Entscheidung Untergebrachten, ihre Zu- und Abgänge und die Belegungsfähigkeit der Anstalten. Ein Teil der Verurteilten braucht bekanntlich die Freiheitsstrafe gar nicht anzutreten und bei einer anderen Gruppe wird die Strafe nach Verbüßung eines Teils ausgesetzt. Diese Fälle sind Gegenstand der 1963 eingeführten Bewährungshilfestatistik. Die Statistik der gerichtlichen Ehelösungen gibt es seit 1957. Sie wird normalerweise zu den Bevölkerungsstatistiken gezählt.

Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten 1970

Im Rahmen der in größeren Abständen (meist 10 Jahre) veranstalteten Bestandsaufnahmen von Bevölkerung und Wirtschaft wurde am 27. Mai 1970 eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten durchgeführt. Die letzte Erhebung dieser Art fand am 6. Juni 1961 statt. Da Erhebungsumfang und angewandte Wirtschaftssystematik keine wesentlichen Änderungen gegenüber 1961 aufweisen, lassen sich die Ergebnisse beider Erhebungen miteinander vergleichen. Hinsichtlich des Merkmalkataloges sind gegenüber 1961 einige Erweiterungen vorgenommen worden. So wurden erstmalig die Löhne und Gehälter (brutto) am Arbeitsort ermittelt, um Vorstellungen über die regionale und fachliche Differenzierung der Arbeitnehmerinkommen zu gewinnen. Dabei ist zu beachten, daß es sich um die Einkommensentstehung und nicht um die Einkommensverwendung der abhängig Beschäftigten handelt. Die Einkommen der Unternehmer und Transfereinkommen wurden nicht erfragt. Diese Unvollständigkeit muß im Auge behalten werden. Sie ist besonders gravierend, wenn die Erwerbsstruktur einer Gemeinde durch viele Selbständige (z. B. Einzelhändler, Landwirte) oder Rentner bestimmt wird. Weiter aufgeteilt als 1961 wurden bei der Nachweisung der sozialen Stellung im Betrieb die Arbeiter und Lehrlinge, und zwar nach "Facharbeitern" und "Sonstigen Arbeitern" und nach "gewerblichen" sowie "kaufmännischen und technischen Lehrlingen". Außerdem ist die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer gesondert ermittelt worden. Die Zivilbediensteten bei Bundeswehr und

Bundesgrenzschutz sind in den Ergebnissen für 1970 enthalten. Soweit möglich, wurden diese Beschäftigten zu Vergleichszwecken auch in die 1961er Daten einbezogen. Die Frage nach der Handwerkseigenschaft ist 1970 nicht gestellt worden.

1950 bis 1961: Wiederaufbauphase

Vor der Beurteilung der einzelnen Ergebnisse sollte man sich die unterschiedlichen Wirtschaftssituationen zu den jeweiligen Zählungszeitpunkten kurz in Erinnerung rufen. Die erste Arbeitsstättenzählung nach dem 2. Weltkrieg war am 13. 9. 1950, gerade gut zwei Jahre nach der Währungsreform von 1948, diesem für die Wirtschaftsentwicklung der nächsten Jahre markanten Ereignis. Damals "relative Überbevölkerung" (Vertriebene) mit der zwangsweisen Folge der Unterbeschäftigung; heute anhaltende Überbeschäftigung mit den Problemen der inneren und äußeren Geldwertstabilität. Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt heute mehr als 2 Mill. ausländische Arbeitskräfte.

Die Zeit von 1950 bis etwa 1960/61 kann man als die Phase des stürmischen Wiederaufbaus bezeichnen. In diesem Zeitraum nahm die Zahl der Beschäftigten in Schleswig-Holstein um 185 000 oder 33% zu. Die Frauenbeschäftigung wuchs mit +66% sogar doppelt so schnell. Die Zahl der Arbeitsstätten insgesamt ging nur geringfügig zurück; etwas ausgeprägter rückläufig war die Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe. Im Handel und bei Dienstleistungen stieg

Arbeitsstätten und Beschäftigte in den Wirtschaftsabteilungen 1950, 1961 und 1970

Wirtschaftsabteilung	Arbeitsstätten				Beschäftigte			
	am 13. 9. 1950	am 6. 6. 1961	am 27. 5. 1970	Ver- änderung 1970/61 in %	am 13. 9. 1950	am 6. 6. 1961	am 27. 5. 1970	Ver- änderung 1970/61 in %
0 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ¹	1 853	2 843	2 015	- 29,1	4 154	7 718	7 840	+ 1,6
1 Energie, Wasserversorgung, Bergbau	206	247	250	+ 1,2	7 865	8 683	8 167	- 5,9
2 Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	27 443	17 845	14 290	- 19,9	195 017	247 021	265 138	+ 7,3
3 Baugewerbe	8 113	6 563	6 368	- 3,0	68 848	87 975	88 254	+ 0,3
4 Handel	31 818	35 805	28 079	- 21,6	98 384	143 957	138 641	- 3,7
5 Verkehr, Nachrichtenübermittlung	6 407	6 398	5 145	- 19,6	47 625	52 493	49 991	- 4,8
6 Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1 670	2 406	2 741	+ 13,9	8 051	14 964	20 483	+ 36,9
7 Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	18 986	21 663	21 705	+ 0,2	52 718	84 553	92 774	+ 9,7
8 Organisationen ohne Erwerbscharakter	1 589	1 975	1 778	- 10,0	9 376	14 740	17 260	+ 17,1
9 Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	5 465	4 589	4 051	- 11,7	70 414	98 624	124 836	+ 26,6
0 - 9 Alle Wirtschaftsabteilungen	103 550	100 334	86 422	- 13,9	562 452	760 728	813 384	+ 6,9

1) diese Arbeitsstätten waren nur dann einzubeziehen, wenn sie steuerlich als Gewerbebetriebe veranlagt wurden

die Zahl der Arbeitsstätten deutlich an. Alle Wirtschaftsabteilungen hatten 1961 mehr Beschäftigte als 1950. Im Handel (+ 46%), im Dienstleistungsgewerbe (+ 60%) und bei Kreditinstituten, Versicherungsgewerbe (+ 86%) waren die Zuwachsraten der Beschäftigten überdurchschnittlich hoch. In dieser Periode veränderte sich die Beschäftigtenstruktur derart, daß der Beschäftigtenanteil des verarbeitenden Gewerbes von 34,7% im Jahre 1950 auf 32,5% im Jahre 1961 fiel. Etwas verringertes Gewicht hatte auch das Baugewerbe sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Zunehmende Beschäftigtenanteile wiesen demgegenüber der Handel auf, und zwar von 17,5% (1950) auf 18,9% (1961). Auch die privaten Dienstleistungen zeigten einen steigenden Beschäftigtenanteil von 9,4% (1950) auf 11,1% im Jahre 1961. Der Unternehmenssektor der Wirtschaft (außer Landwirtschaft) umfaßte 1950 85,8% aller Beschäftigten, bis 1961 verminderte sich dieser Anteil auf 85,1%. Der Anteil der nicht erwerbswirtschaftlich orientierten Wirtschaftsabteilungen "Organisationen ohne Erwerbscharakter" und "Gebietskörperschaften" (Bund, Länder, Kommunen) ist in der ersten Nachkriegsperiode nur unbedeutend gewachsen.

1961 bis 1970:

Innerer Ausbau und Konsolidierung

Uneinheitliche Entwicklung
in den Wirtschaftsabteilungen

In der Zeit von 1961 bis 1970, die man vereinfachend als Periode der Konsolidierung des Erreichten, des inneren Ausbaus und der zunehmenden Konzentration kennzeichnen könnte, wuchs die Zahl der Beschäftigten nur noch um knapp 53 000 oder 6,9%, die Zahl der Arbeitsstätten verminderte sich um fast 14 000 oder 13,9%. Es gibt keine einheitlich positive Richtung des Beschäftigungswachstums mehr. Wirtschaftsabteilungen mit kräftig expandierender Beschäftigtenzahl stehen solche mit deutlich rückläufiger Beschäftigtenzahl gegenüber. Im Handel ist der Konzentrationsprozeß besonders deutlich, jede fünfte Arbeitsstätte ist zwischen 1961 und 1970 aufgegeben worden.

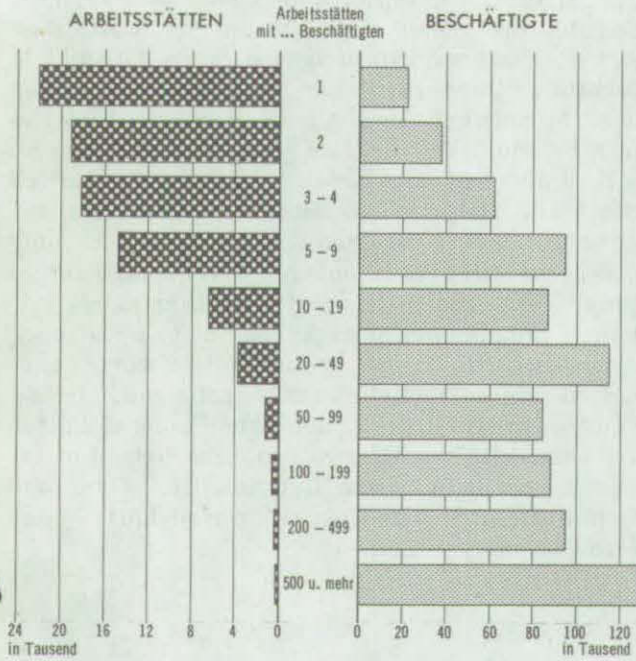
Damit verminderte sich der Anteil der Arbeitsstätten des Handels von 35,7% (1961) auf 32,5%; der Beschäftigtenanteil ging von knapp 19% auf 17% zurück. Der Beschäftigtenbestand war 1970 um 5 300 Personen (- 3,7%) kleiner als 1961. Weniger Beschäftigte und weniger Arbeitsstätten als 1961 wurden auch in der Wirtschaftsabteilung "Verkehr, Nachrichtenübermittlung" gezählt. Die Zahl der Beschäftigten nahm hier um nahezu 5% ab. Noch stärker rückläufig - wenn man die

relative Abnahme (- 5,9%) betrachtet - war die Beschäftigtenzahl in der Wirtschaftsabteilung "Energie, Wasserversorgung, Bergbau". Das verarbeitende Gewerbe hat den ersten Rang unter den Wirtschaftsabteilungen behaupten können. Die Zahl der Arbeitsstätten nahm zwar auch hier ab, aber der leicht überdurchschnittliche Beschäftigtenzuwachs von + 7,3% hat den Beschäftigtenanteil auf knapp einem Drittel halten können. Kaum verändert in seinem Beschäftigtenanteil hat sich das Baugewerbe. Betrachtet man jedoch das Bauhauptgewerbe und das Ausbau- und Bauhilfsgewerbe je für sich allein, dann verlief die Entwicklung im Bauhauptgewerbe leicht rückläufig (1,3% Beschäftigte), während im Ausbau- und Bauhilfsgewerbe die Zahl der Beschäftigten um 5,4% zugenommen hat. Da keine adäquaten Indizes für die Produktionsentwicklung im gesamten verarbeitenden Gewerbe (Wirtschaftsabteilung 2) und für das Bauhauptgewerbe verfügbar sind, läßt sich dies nur annähernd mit Hilfe der Indexziffern der Industrieproduktion darstellen. Die Industrie als wesentlicher Teil des verarbeitenden Gewerbes hat ihre Produktmenge seit 1961 um etwa zwei Drittel gesteigert, das Bauhauptgewerbe (bei weniger Beschäftigten) um etwa 30%. An der Spitze der Beschäftigtenzunahme findet sich die Wirtschaftsabteilung "Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe" mit einer Zuwachsrate von rund 37%. Dabei liegt der Entwicklungsschwerpunkt bei den Kreditinstituten, die allein um etwa ein Drittel mehr Arbeitsstätten und fast 43% mehr Beschäftigte als 1961 haben. Aus dem Unternehmenssektor bleibt noch die Wirtschaftsabteilung "Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen", wo die Zahl der Arbeitsstätten auf dem Stand von 1961 gehalten worden ist, die Beschäftigtenzahl jedoch um knapp 10% zunahm. Die Unternehmen und freien Berufe (Wirtschaftsabteilung 0 - 7) haben ihren Beschäftigtenanteil zugunsten der staatlichen und halbstaatlichen Institutionen und der Organisationen ohne Erwerbscharakter von 85,1% in 1961 auf 82,5% reduziert. Mit anderen Worten: von 100 Beschäftigten in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten waren 1961 etwa 15 im nicht erwerbswirtschaftlich orientierten Sektor tätig, 1970 sind es bereits über 17 Personen. Dementsprechend liegen die Zuwachsraten der Beschäftigten auch weit über dem Durchschnitt, bei den Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung sind 1970 um reichlich ein Viertel mehr Personen tätig als 1961.

Verstärkte Konzentrationstendenz

Von 1961 bis 1970 hat sich die Tendenz zu größeren Wirtschaftseinheiten deutlich fort-

Arbeitsstätten und Beschäftigte nach Beschäftigtengrößenklassen am 27. 5. 1970



gesetzt; die durchschnittliche Beschäftigtenzahl einer Arbeitsstätte (Betrieb) stieg von rund 7,5 Personen (1961) auf nunmehr 9,4 Personen. Vor 20 Jahren hatte eine Arbeitsstätte im Durchschnitt 5,4 Beschäftigte. In der Wirtschaftsabteilung "Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau" hat eine Arbeitsstätte durchschnittlich 33 Beschäftigte, in der Wirtschaftsabteilung private Dienstleistungen sind kleine Arbeitsstätten vorherrschend, wie aus der durchschnittlichen Beschäftigtengröße von 4,3 Personen zu ersehen ist. Von diesem Konzentrationsprozeß sind die kleinsten Wirtschaftseinheiten, die Einmannbetriebe, am stärksten getroffen worden; ihre Zahl verminderte sich von 1961 bis 1970 um fast 10 000, das sind 31%. Auch in der folgenden Größenklasse der Arbeitsstätten mit 2 - 4 tätigen Personen ging sowohl die Zahl der Arbeitsstätten als auch die Beschäftigtenzahl zurück. Zusammengefaßt ergibt sich, daß rund 15 300 kleine Arbeitsstätten mit weniger als 4 Beschäftigten ihre Tätigkeit eingestellt haben. In allen anderen Größenklassen ist in dieser Zeit eine mehr oder weniger große Zunahme der Zahl der Arbeitsstätten und ihrer Beschäftigten eingetreten.

Diese Konzentration auf größere Wirtschaftseinheiten mag unter dem Gesichtspunkt des technischen Fortschritts notwendig und unter rein ökonomischen Gesichtspunkten zweckmäßig sein. Die Kehrseite der Medaille muß aber auch gesehen werden; sie besteht darin, daß einige Tausend Bürger des Landes keine Chance mehr für eine eigenverantwortliche Gestaltung ihrer wirtschaftlichen Existenz als

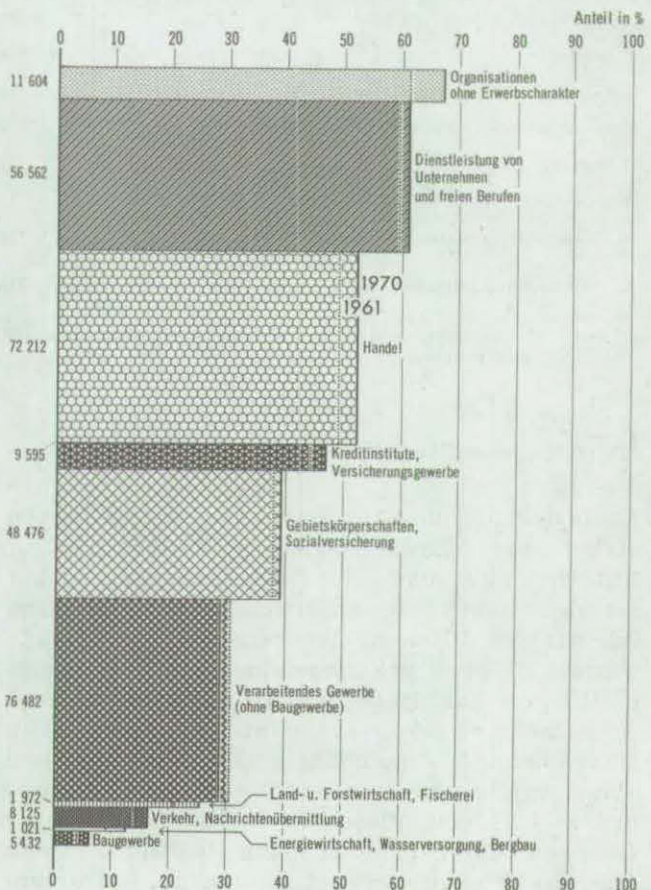
- wenn auch kleiner aber selbständiger - Unternehmer gesehen haben. Die Frage, ob eine "Angestelltengesellschaft" eine erstrebenswerte Gesellschaftsform darstellt, kann hier jedoch nicht weiter erörtert werden.

Frauenbeschäftigung leicht angestiegen

Unter den 813 400 Beschäftigten in den nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten Schleswig-Holsteins waren 291 500 Frauen, das entspricht einem Anteil von 35,8% an allen Beschäftigten. Gegenüber 1961 ist die Frauenbeschäftigung um 11,6% und damit erheblich kräftiger als die Zahl der männlichen Beschäftigten (4,5%) angestiegen. Noch deutlicher wird die zunehmende Berufstätigkeit der Frau, wenn man die Entwicklung seit 1950 verfolgt. Damals lag der Anteil der weiblichen Beschäftigten bei 27,5%, und nur in einer Wirtschaftsabteilung, und zwar den Organisationen ohne Erwerbscharakter, waren etwas mehr Frauen als Männer tätig. 20 Jahre später ist in dieser Wirtschaftsabteilung der Frauenanteil auf 67% gestiegen und auch im Handel sowie im Bereich der privaten Dienstleistungen sind heute mehr Frauen als Männer beschäftigt. Die

Die weiblichen Beschäftigten in den Wirtschaftsabteilungen 1970

und deren Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten 1961 und 1970



Zahl der weiblichen Beschäftigten nahm seit 1950 um 88% zu, die der männlichen nur um 28%.

7,7 Mrd. DM Arbeitnehmerinkommen 1969

Als wichtiges neues Erhebungsmerkmal war die Erfassung der in jeder Arbeitsstätte gezahlten Summe der Löhne und Gehälter (brutto) vorgesehen. Da sich die Lohn- und Gehaltsangaben auf das Kalenderjahr 1969 beziehen, können sie genaugenommen nicht zu den Beschäftigtenangaben des Erhebungsstichtages 27. 5. 1970 in Beziehung gesetzt werden. Wenn das hier trotzdem geschieht, dann unter der Beschränkung auf Landesergebnisse in verhältnismäßig grober Wirtschaftsgliederung. Die Ungenauigkeit hält sich dabei in vertretbaren Grenzen, was bei Daten für Gemeinden in tieferer wirtschaftlicher Gliederung nicht immer gegeben ist.

An die 715 400 im Lande beschäftigten nicht-landwirtschaftlichen Arbeitnehmer wurden rund 7,7 Mrd. DM Löhne und Gehälter gezahlt. Daraus errechnet sich ein durchschnittliches Arbeitnehmerinkommen von etwa 10 800 DM (brutto). Über dem Landesdurchschnitt liegt der Mittelwert im verarbeitenden Gewerbe mit 11 100 DM, deutlich darunter im Handel mit 8 300 DM und noch niedriger, nämlich bei 7 100 DM, ist das Einkommensniveau der Arbeitnehmer in den Arbeitsstätten der privaten Dienstleistungen (Wirtschaftsabteilung 7). Beide Wirtschaftsabteilungen (4 + 7) haben einen hohen Anteil (über 50%) weiblicher Arbeitskräfte. Diese rohen Mittelwerte enthalten niedrige Lehrlingsvergütungen, Löhne von Teilbeschäftigten, aber auch hohe Gehälter von angestellten Direktoren. Zu beachten ist auch, daß es sich um individuelle Löhne und Gehälter handelt und nicht um Haushalts- oder Familieneinkommen.

Löhne und Gehälter im Kalenderjahr 1969

Wirtschaftsabteilung	Arbeitnehmer am 27. 5. 1970		Anteil der Teilbeschäftigten ² in %	Löhne und Gehälter 1969 in 1 000 DM
	Insgesamt	darunter weiblich in %		
0 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ¹	4 737	20,8	9,0	44 311
1 Energie, Wasserversorgung, Bergbau	8 156	12,5	3,3	111 363
2 Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	247 366	29,0	5,2	2 754 553
3 Baugewerbe	80 158	5,0	1,7	819 081
4 Handel	104 905	55,4	14,8	871 560
5 Verkehr, Nachrichtenübermittlung	45 993	15,7	7,9	556 167
6 Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	19 069	48,5	10,4	236 095
7 Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	62 930	69,0	14,7	448 649
8 Organisationen ohne Erwerbscharakter	17 260	67,2	21,9	183 992
9 Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	124 836	38,8	9,3	1 714 472
0 - 9 Alle Wirtschaftsabteilungen	715 410	35,7	8,8	7 740 243

1) diese Arbeitsstätten waren nur dann einzubeziehen, wenn sie steuerlich als Gewerbebetriebe veranlagt wurden

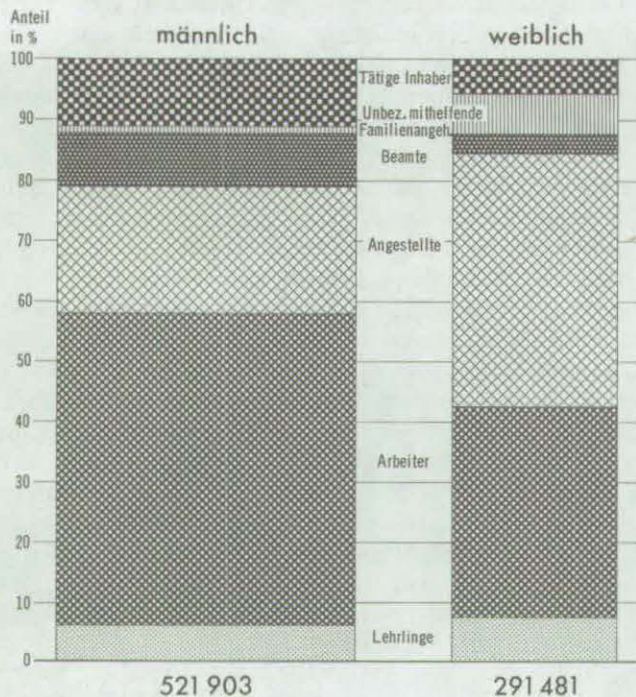
2) an allen Beschäftigten

Mehr Angestellte, weniger Unternehmer

Nach der Stellung im Wirtschaftsleben lassen sich zwei große Gruppen unterscheiden: Unternehmer und Nichtunternehmer, dabei ist dann auch die unterschiedliche Funktion im wirtschaftlichen Geschehen einer Marktwirtschaft grob gekennzeichnet. In der Tarifpolitik ist das Begriffspaar Arbeitgeber und Arbeitnehmer der synonyme Ausdruck. Die Bezeichnungen unabhängig Beschäftigte und abhängig Beschäftigte sind ein anderer Ausdruck für den gleichen Sachverhalt. Beide Gruppen unterscheiden sich deutlich, wenn man die Einkommensentstehung als Kriterium

heranzieht. Den Unternehmern verbleibt am Ende einer Periode ein Gewinn, der auch negativ sein und zum Verlust werden kann, als Restgröße. Die Arbeitnehmerinkommen entstehen zwar ebenfalls im Produktionsprozeß, sind aber vorher vertraglich festgelegt und von der Gewinnlage des Unternehmens kurzfristig unabhängig. Ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmerfunktion ist die Entscheidungsbefugnis. Mit wachsender Unternehmensgröße geht diese Teilfunktion zunehmend auf Führungskräfte über, die arbeitsrechtlich Angestellte sind und hier als solche nachgewiesen werden. Die Unternehmertätigkeit kommt daher in der Zahl

Die Beschäftigten nach dem Geschlecht und der Stellung im Betrieb am 27. 5. 1970



der tätigen Inhaber allein nicht voll zum Ausdruck. Zu den Unternehmern rechnet man auch die mithelfenden Familienangehörigen, auch wenn sie im Einzelfall vielleicht weniger unternehmerisch tätig sind als leitende Angestellte. Mithelfende Familienangehörige, die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zu ihrem Betrieb stehen, werden als Arbeiter oder Angestellte ausgewiesen.

In den schleswig-holsteinischen Arbeitsstätten waren am 27. 5. 1970 rund 98 000 Personen als tätige Inhaber oder mithelfende Familienangehörige den Unternehmern zuzurechnen, das entspricht einem Anteil von 12%. Die Masse der Beschäftigten (rund 715 000 Personen) waren Arbeitnehmer. Seit 1961 hat die Zahl der Arbeitnehmer um 78 800 (+ 12,4%) zugenommen, während die Zahl der Unternehmer um 26 000 (- 21,1%) kleiner geworden ist. Am stärksten war der Rückgang bei den mithelfenden Familienangehörigen mit rund 15 000 Personen oder 38,5%. Die größte absolute und relative Zunahme trat bei den Angestellten ein; gegenüber 1961 wurden 63 000 oder 37,1% mehr Angestellte gezählt. Bei den Arbeitern blieb der Zuwachs mit + 6% leicht unter dem durchschnittlichen Beschäftigtenzuwachs von 6,9%. Weniger erfreulich stellt sich die Nachwuchsfrage dar; die Lehrlingszahl ging um fast ein Fünftel zurück, wobei aus den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung nicht hervorgeht, ob die Einbußen hauptsächlich bei gewerblichen oder kaufmännischen Lehrlingen eingetreten sind, da sie 1961 nicht getrennt erfaßt wurden.

Mehr weibliche als männliche Angestellte

Zu den auffallenden Änderungen in der Beschäftigtenstruktur gehört die überdurchschnittliche Zunahme der Frauenbeschäftigung. In allen Beschäftigtenkategorien ist der Frauenanteil 1970 höher als 1961. Mit mehr als 122 000 Personen sind die weiblichen Angestellten die größte Gruppe aller weiblichen Beschäftigten. Vor rund zehn Jahren kamen auf 100 männliche Angestellte etwas mehr als 103 weibliche, bis 1970 erhöhte sich dieses Verhältnis auf 100 : 111. Der höchste Frauenanteil ergibt sich bei den mithelfenden Familienangehörigen mit über 80 %, der niedrigste bei den Facharbeitern mit nur 9 %. Auch unter den Beamten sind verhältnismäßig wenig Frauen (16,7 %). Das gilt auch für die tätigen Inhaber, von denen 22% Frauen sind. Bei den weniger qualifizierten "Sonstigen Arbeitern" ist der Frauenanteil mit 43,5% überdurchschnittlich hoch.

Beschäftigtenstruktur 1961 und 1970

	Beschäftigte			
	1961		1970	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	in %			
Tätige Inhaber	13,6	6,7	11,1	5,6
Mithelfende Familienangehörige	1,6	11,7	0,9	6,6
Unternehmer	15,2	18,4	11,9	12,3
Beamte	8,3	2,5	8,8	3,2
Angestellte	16,7	33,1	21,2	42,1
Facharbeiter	51,5	35,9	30,3	5,4
Sonstige Arbeiter			21,5	29,6
Gewerbliche Lehrlinge	8,2	10,1	4,6	1,8
Kaufmännische und technische Lehrlinge			1,7	5,7
Arbeitnehmer	84,8	81,6	88,1	87,7
Insgesamt	100	100	100	100

Unterschiedliche "Sozialstrukturen" in den Wirtschaftsabteilungen

Im verarbeitenden Gewerbe (Wirtschaftsabteilung 2) hat, abweichend vom Landesdurchschnitt, die Zahl der männlichen Beschäftigten stärker zugenommen (+ 10%) als die der weiblichen (+ 1,4%). Damit hat sich der Frauenanteil leicht von 30,5% im Jahre 1961 auf 28,8% im Jahre 1970 ermäßigt. Um gut ein Viertel hat die Zahl der tätigen Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen abgenommen. Bei den weiblichen Personen dieser Gruppe war der Rückgang noch ausgeprägter (- 38%). Das dürfte hauptsächlich

auf die Aufgabe von Einmannbetrieben im Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe zurückzuführen sein, wo 1970 über 2 600 Arbeitsstätten weniger als 1961 festgestellt wurden. Auch in der Metallerzeugung und -bearbeitung sowie im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe war der Betriebsbestand stark rückläufig. Dafür ist die Zahl der Angestellten in der Wirtschaftsabteilung 2 kräftig gewachsen, und zwar die der männlichen mit + 61% stärker als die der weiblichen (+ 51%). Der Lehrlingsbestand ist um ein Zehntel kleiner geworden.

Das Baugewerbe hatte auch schon 1961 wenig Arbeitnehmerinnen (2,9%). Bis 1970 ist dieser Anteil zwar auf 5% angestiegen, bleibt aber dennoch weit unter dem Landesdurchschnitt (36%). Zu bemerken ist hier ein sehr hoher Anteil der weiblichen mithelfenden Familienangehörigen, der über 86% ausmacht. Weibliche Inhaber besitzen im Baugewerbe Seltenheitswert. Nur 215 weibliche Inhaber stehen rund 6 700 Männern gegenüber, anteilmäßig sind das 3,2%. Noch seltener sind Facharbeiterinnen und weibliche gewerbliche Lehrlinge. Bei kaum veränderter Gesamtzahl der Beschäftigten hat sich der Lehrlingsbestand (gewerbliche, kaufmännische und technische zusammen) um fast ein Drittel vermindert. Mehr als verdoppelt hat sich dagegen die Zahl der weiblichen Angestellten, männliche Angestellte gab es rund 57% mehr als 1961.

Im Handel - dazu gehören wirtschaftssystematisch der Großhandel, die Handelsvermittlung und der Einzelhandel - ist mit stark schrumpfendem Betriebsbestand (- 7 700 gegen 1961) auch die Zahl der tätigen Inhaber fast genau so stark zurückgegangen (- 21%) wie die Betriebszahl (- 22%). Bei den mithelfenden Familienangehörigen ist 1970 nur noch etwas mehr als die Hälfte des Bestandes von 1961 vorhanden. Die Bedeutung der Angestellten ist gewachsen; mit einem Zugang von rund 14 000 Personen, das sind rund 30%, liegt der Anteil der Angestellten an den insgesamt im Handel tätigen Personen nunmehr bei etwa 45% gegenüber 33% im Jahre 1961. Auch im Handel ist ein relativ stärkerer Zuwachs bei den weiblichen Angestellten eingetreten. Dadurch hat sich der Anteil der weiblichen Angestellten von allen weiblichen Beschäftigten im Handel von gut 42% im Jahre 1961 auf 56% im Jahre 1970 angehoben. Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten im Handel sind Frauen, bei den Angestellten sind es fast zwei Drittel. Die Nachwuchssituation ist ebenfalls durch Verminderung des Lehrlingsbestandes gekennzeichnet: Im Handel gibt es 1970 etwa 5 700 Lehrlinge (- 28,5%) weniger als 1961.

Im Dienstleistungsbereich (Wirtschaftsabteilung 7) ist die Zahl der Arbeitsstätten leicht angestiegen. Hier gibt es demzufolge auch mehr tätige Inhaber als 1961. Mehr als drei Zehntel der tätigen Inhaber sind Frauen. Der Anteil liegt noch etwas höher als im Handel (29%). Unter den Arbeitnehmern sind von 10 Beschäftigten 7 Frauen, sogar bei den Facharbeitern haben hier die Frauen das Übergewicht (58%). Die Zahl der Lehrlinge (gewerbliche und kaufmännische zusammen) hat sich gegenüber 1961 praktisch unverändert gehalten (+ 0,1%), lediglich bei den weiblichen Lehrlingen ist ein leichter Rückgang (- 2,1%) eingetreten. Da die Beschäftigtenzahl insgesamt jedoch um fast 10% zugenommen hat, ist dennoch eine relative Verschlechterung der Nachwuchssituation zu erkennen: 1961 kamen auf 100 Beschäftigte 9 Lehrlinge, 1970 waren es nur noch 8. Auch im Dienstleistungsbereich ergab sich der größte Beschäftigtenzuwachs bei den Angestellten (+ 43%). Die Zahl der weiblichen Angestellten stieg sogar um fast 58%.

Die Beschäftigtenstruktur der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Kommunen) weicht verständlicherweise von der anderer Wirtschaftsabteilungen aus dem Unternehmenssektor der Wirtschaft erheblich ab. Inhaber und mithelfende Familienangehörige gibt es hier logischerweise nicht, die dominierende Beschäftigtenkategorie sind die Angestellten mit 38,7% aller öffentlichen Bediensteten. Die Beamten stehen, wenn man nur die männlichen Angehörigen des öffentlichen Dienstes allein betrachtet, an erster Stelle mit knapp 40%. Von den Frauen sind nur 15% Beamtinnen, aber mehr als 50% Angestellte. Der Anteil der Arbeiter zusammengenommen ist bei Männern und Frauen übereinstimmend (rund 30%), aber erheblich unterschiedlich, wenn man die Facharbeiter von den sonstigen Arbeitern trennt. Nur ein Prozent der weiblichen Beschäftigten des

Beschäftigte der Wirtschaftsabteilung 9 nach Stellung im Betrieb

	Beschäftigte am 27. 5. 1970					
	Ins- gesamt	%	männ- lich	%	weib- lich	%
Beamte	37 218	29,8	29 903	39,2	7 315	15,1
Angestellte	48 309	38,7	23 032	30,2	25 277	52,1
Facharbeiter	12 840	10,3	12 369	16,2	471	1,0
Sonstige Arbeiter	23 935	19,2	9 906	13,0	14 029	28,9
Gewerbliche Lehrlinge	511	0,4	324	0,4	187	0,4
Kaufmännische und technische Verwaltungslehrlinge	2 023	1,6	826	1,1	1 197	2,5
Insgesamt	124 836	100	76 360	100	48 476	100

öffentlichen Dienstes haben eine qualifiziertere Ausbildung. Bei den Männern sind es über 16%. Ungelernte und angelernte Arbeiterinnen stellen nach den Angestellten die zweitstärkste Gruppe der Frauenbeschäftigung bei den Gebietskörperschaften. Die Nachwuchssituation im öffentlichen Dienst wird durch die Lehrlingszahlen nicht hinreichend repräsentiert, da Beamtenanwärter nicht als Lehrlinge, sondern als Beamte ausgewiesen werden.

arbeitszeit geleistet wurde. Kurzarbeit wurde dagegen nicht als Teilbeschäftigung angesehen.

Die Häufigkeit der Teilbeschäftigung hängt auch von der Wirtschaftsabteilung ab. Dabei stehen die Organisationen ohne Erwerbscharakter (z. B. Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Verbände) mit 219 Teilbeschäftigungsfällen je 1 000 an der Spitze. In diesem Bereich ist der Anteil der Männer mit 132 Fällen weit überdurchschnittlich hoch. Verhältnismäßig selten ist demgegenüber Teilbeschäftigung im Baugewerbe mit 17 je 1 000 (auf alle Beschäftigten bezogen) und 6 je 1 000, wenn man die männlichen allein betrachtet. Bemerkenswert ist ferner, daß die Teilbeschäftigung im "Verarbeitenden Gewerbe" um ungefähr doppelt soviel zugenommen hat wie im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche. In der weiblichen Teilbeschäftigung steht die Wirtschaftsabteilung "Verkehr, Nachrichtenübermittlung" mit 345 je 1 000 an erster Stelle. In diesem Bereich, zu dem auch Bundesbahn und Bundespost gehören, ist jede dritte weibliche Arbeitskraft teilbeschäftigt. Im Handel, mit 244 je 1 000, arbeitet jede vierte Frau kürzer als die betriebsübliche wöchentliche Arbeitszeit.

Mehr Teilbeschäftigung als 1961

Bei anhaltender Knappheit an Arbeitskräften ist es nicht verwunderlich, daß die Teilbeschäftigung zugenommen hat, und zwar von rund 41 000 Teilbeschäftigungsfällen auf 72 000 (+ 77%). Teilzeitbeschäftigung wird von Frauen erheblich häufiger als von Männern eingegangen. Auf 1 000 männliche Beschäftigte kamen 1970 nämlich nur 23 männliche, auf 1 000 weibliche Beschäftigte aber 205 weibliche Teilbeschäftigungsfälle. Es muß hier von Beschäftigungsfällen gesprochen werden, da eine Person mehr als eine Teilzeitbeschäftigung ausüben kann. Für die Zuordnung war maßgebend, daß in einer Tätigkeit weniger als die betriebsübliche Wochen-

Teilbeschäftigte in den Wirtschaftsabteilungen 1970

Wirtschaftsabteilung	Teilbeschäftigte					Veränderung gegen 1961 in %		
	insgesamt	männlich	weiblich	männliche Beschäftigte	weibliche Beschäftigte	insgesamt	männlich	weiblich
0 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ¹	703	279	424	48	215	+ 11,4	- 6,1	+ 26,9
1 Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	270	30	240	4	235	+ 40,6	- 38,8	+ 67,8
2 Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	13 825	2 183	11 642	12	152	+ 154,0	+ 40,0	+ 199,7
3 Baugewerbe	1 522	510	1 012	6	186	+ 58,9	+ 55,5	+ 60,6
4 Handel	20 558	2 927	17 631	44	244	+ 71,0	+ 17,6	+ 85,0
5 Verkehr, Nachrichtenübermittlung	3 947	1 143	2 804	27	345	+ 26,1	+ 19,8	+ 28,9
6 Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	2 123	290	1 833	27	191	+ 95,8	+ 1,4	+ 129,7
7 Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	13 610	2 542	11 068	70	196	+ 53,6	+ 12,0	+ 68,0
0 - 7 Unternehmen und freie Berufe	56 558	9 904	46 654	23	202	+ 75,0	+ 20,3	+ 93,7
8 Organisationen ohne Erwerbscharakter	3 775	746	3 029	132	261	+ 100,8	+ 17,3	+ 143,5
9 Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	11 649	1 552	10 097	20	208	+ 77,4	+ 19,8	+ 91,6
0 - 9 Alle Wirtschaftsabteilungen	71 982	12 202	59 780	23	205	+ 76,6	+ 20,1	+ 95,4

1) diese Arbeitsstätten waren nur dann einzubeziehen, wenn sie steuerlich als Gewerbebetriebe veranlagt wurden

Starker Rückgang der Kleinbetriebe

Die Verteilung der Arbeitsstätten nach der Größe konnte nur anhand der Beschäftigtenzahl vorgenommen werden, da andere - eventuell aussagefähigere - Merkmale wie Umsatz, Bilanzsumme oder Eigenkapital nicht erfragt wurden. Es ist bereits gesagt worden, daß

die Zahl der Arbeitsstätten seit 1961 um rund 14% zurückgegangen ist. Entscheidend ist aber, daß der Rückgang nur bei den Kleinbetrieben eingetreten ist: Die Zahl der Einmannbetriebe nahm dabei um fast 10 000 oder 31% ab, die Arbeitsstätten mit 2 - 4 Beschäftigten gingen um rund 5 400 oder knapp 13% zurück. In allen anderen Größenklassen gab es dagegen

Arbeitsstätten nach Beschäftigtengrößenklassen

Arbeitsstätten mit ... Beschäftigten	Arbeitsstätten am 6. 6. 1961		Arbeitsstätten am 27. 5. 1970		Veränderung 1970 gegen 1961	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1	31 962	31,9	22 048	25,5	- 9 914	- 31,0
2 - 4	42 452	42,3	37 058	42,9	- 5 394	- 12,7
5 - 9	14 445	14,4	14 726	17,0	+ 281	+ 1,9
10 - 19	5 940	5,9	6 514	7,5	+ 574	+ 9,7
1 - 19	94 799	94,5	80 346	93,0	- 14 453	- 15,2
20 - 49	3 476	3,5	3 783	4,4	+ 307	+ 8,8
50 - 99	1 215	1,2	1 219	1,4	+ 4	+ 0,3
100 - 199	495	0,5	638	0,7	+ 143	+ 28,9
200 - 499	259	0,3	317	0,4	+ 58	+ 22,4
500 - 999	} 90	0,1	80	0,1	} + 29	+ 32,2
1 000 und mehr			39	0		
Insgesamt	100 334	100	86 422	100	- 13 912	- 13,9

1970 mehr Arbeitsstätten als 1961. Die stärkste relative Zunahme ergab sich bei den

großen Arbeitsstätten (500 und mehr Beschäftigte) mit nahezu 33%.

Veränderung der Betriebsgrößenstruktur

Das Verschwinden der Kleinbetriebe ist im verarbeitenden Gewerbe besonders deutlich zu sehen. Von rund 5 600 Einmannbetrieben, die es 1961 in dieser Wirtschaftsabteilung gab, haben bis 1970 mehr als 2 500 oder 45% ihre Tätigkeit eingestellt. Hier erstreckt sich die rückläufige Entwicklung bis zu den Arbeitsstätten mit einschließlich 9 Beschäftigten und tritt auch noch in der Größenklasse von 50 - 99 Beschäftigten auf. Die größte relative Zunahme des Bestandes an Arbeitsstätten mit + 42% ist in der Größenklasse 100 - 199 Beschäftigte zu verzeichnen.

Die meisten Arbeitsstätten - rund ein Drittel - haben zwischen 2 und 4 tätige Personen, der Anteil an allen Beschäftigten der Wirtschaftsabteilung 2 macht aber nur 5,3% aus.

Arbeitsstätten und Beschäftigte nach Größenklassen in der Wirtschaftsabteilung 2 (Verarbeitendes Gewerbe)

Arbeitsstätten mit ... Beschäftigten	27. 5. 1970				Veränderung 1970 gegen 1961			
	Arbeitsstätten		Beschäftigte		Arbeitsstätten		Beschäftigte	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1	3 059	21,4	3 059	1,2	- 2 552	- 45,5	- 2 552	- 45,5
2 - 4	4 925	34,5	14 075	5,3	- 1 133	- 18,7	- 2 955	- 17,4
5 - 9	3 052	21,4	19 901	7,5	- 212	- 6,5	- 1 242	- 5,9
10 - 19	1 486	10,4	19 924	7,5	+ 104	+ 7,5	+ 1 475	+ 8,0
1 - 19	12 522	87,6	56 959	21,5	- 3 793	- 23,2	- 5 274	- 8,5
20 - 49	981	6,9	29 967	11,3	+ 153	+ 18,5	+ 4 786	+ 19,0
50 - 99	354	2,5	24 387	9,2	- 14	- 3,8	- 1 282	- 5,0
100 - 199	232	1,6	31 857	12,0	+ 69	+ 42,3	+ 8 817	+ 38,3
200 - 499	130	0,9	39 290	14,8	+ 20	+ 18,2	+ 6 762	+ 20,8
500 - 999	45	0,3	30 040	11,3	} + 10	+ 16,4	+ 4 308	+ 5,5
1 000 und mehr	26	0,2	52 638	19,9				
Insgesamt	14 290	100	265 138	100	- 3 555	- 19,9	+ 18 117	+ 7,3

Für den Bereich Ledererzeugung und -verarbeitung, Textil- und Bekleidungsgerberie ist ein langfristiger Vergleich von 1950 bis 1970 möglich, da sich die wirtschaftssystematische Zuordnung hier nicht geändert hat. 1950 gab es rund 10 700 Arbeitsstätten mit knapp 40 000 Beschäftigten, 1970 waren nicht mehr ganz 2 700 mit zusammen 20 000 Beschäftigten übriggeblieben. Das entspricht einem Rückgang des Betriebsbestandes um 75% und der Beschäftigtenzahl um fast 50%. Rückläufige Betriebs- und Beschäftigtenzahlen traten hier nicht nur bei den Kleinbetrieben auf, sondern erstreckten sich bis hin zu den größeren Arbeitsstätten. Lediglich die großen Betriebe (200 und mehr Beschäftigte) haben an Gewicht gewonnen; ihr Beschäftigtenanteil erhöhte

Arbeitsstätten und Beschäftigte 1950 und 1970 in der Ledererzeugung und -verarbeitung, Textil- und Bekleidungsgerberie

Arbeitsstätten mit ... Beschäftigten	1950		1970		Veränderung der Arbeitsstätten 1970 gegen 1950	
	Arbeits- stätten	Beschäf- tigte	Arbeits- stätten	Beschäf- tigte	absolut	in %
	1	6 847	6 847	1 533	1 533	- 5 314
2 - 4	2 890	7 324	745	1 881	- 2 145	- 74,2
5 - 9	559	3 511	166	1 052	- 393	- 70,3
10 - 19	211	2 810	81	1 111	- 130	- 61,6
20 - 49	115	3 598	69	2 204	- 46	- 40,0
50 - 99	55	3 849	34	2 268	- 21	- 38,2
100 - 199	24	3 160	22	2 944	- 2	- 8,3
200 und mehr	21	8 718	18	7 247	- 3	- 14,3
Insgesamt	10 722	39 817	2 668	20 240	- 8 054	- 75,1

sich nämlich von rund 22% im Jahre 1950 auf nahezu 36% im Jahre 1970.

Im Baugewerbe sind die Veränderungen der Größenstruktur etwas anders als im verarbeitenden Gewerbe verlaufen. Der Verlust an Arbeitsstätten stellte sich auf nur 3% gegenüber fast 20% im verarbeitenden Gewerbe. Die Zahl der Einmannbetriebe hat zwar auch abgenommen, mit gut 17% aber längst nicht so stark wie im verarbeitenden Gewerbe, wo es über 45% waren. Die mittleren Betriebsgrößen (20 - 199 Beschäftigte) wiesen hier Bestandsverminderungen auf. Die oberen

Größenklassen sind so dünn besetzt - nur 32 baugewerbliche Arbeitsstätten hatten 1970 mehr als 200 Beschäftigte -, daß auch geringfügige absolute Veränderungen große relative Ausschläge bewirken. Alles in allem kann man wohl sagen, daß die Strukturveränderungen im Baugewerbe sich weniger über die Änderungen des Produktionsfaktors Arbeit vollzogen haben, sondern mehr im Faktor Kapitaleinsatz zu suchen sind. Außerdem ist zu beachten, daß die im Bauhauptgewerbe häufiger gebildeten Arbeitsgemeinschaften die effektive Größenstruktur beeinflussen, hier aber nicht gesondert erfaßt worden sind.

Arbeitsstätten und Beschäftigte nach Größenklassen in der Wirtschaftsabteilung 3 (Baugewerbe)

Arbeitsstätten mit ... Beschäftigten	27. 5. 1970				Veränderung 1970 gegen 1961			
	Arbeitsstätten		Beschäftigte		Arbeitsstätten		Beschäftigte	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1	957	15,0	957	1,1	- 203	- 17,5	- 203	- 17,5
2 - 4	1 832	28,8	5 327	6,0	- 152	- 7,7	- 324	- 5,7
5 - 9	1 603	25,2	10 694	12,1	+ 124	+ 8,4	+ 910	+ 9,3
10 - 19	1 023	16,1	13 680	15,5	+ 63	+ 6,6	+ 850	+ 6,6
1 - 19	5 415	85,0	30 658	34,7	- 168	- 3,0	+ 1 233	+ 4,2
20 - 49	581	9,1	17 955	20,3	- 12	- 2,0	+ 42	+ 0,2
50 - 99	242	3,8	16 998	19,3	- 8	- 3,2	- 812	- 4,6
100 - 199	98	1,5	12 825	14,5	- 9	- 8,4	- 1 733	- 11,9
200 - 499	29	0,5	8 171	9,3	+ 1	+ 3,6	+ 965	+ 13,4
500 - 999	3	0	1 647	1,9	}	+ 1	+ 584	+ 54,9
1 000 und mehr	-	-	-	-				
Insgesamt	6 368	100	88 254	100	- 195	- 3,0	+ 279	+ 0,3

Betrachtet man die Zeit seit 1950, dann werden die Veränderungen in der Größenstruktur des Baugewerbes noch deutlicher: Sie haben sich hauptsächlich in der Zeit von 1950 bis 1961 vollzogen und ebenfalls zu erheblichen Bestandsverringerungen bei den Kleinbetrieben geführt. Die Einmannbetriebe sind von 1950 bis 1970 um 60% weniger geworden, die Betriebe mit 2 - 4 Beschäftigten verloren 47% ihres Bestandes von 1950. In allen anderen Größenklassen gab es 1970 mehr Betriebe und Beschäftigte als 1950 wie die nachstehende Übersicht zeigt:

Arbeitsstätten mit ... Beschäftigten	Arbeitsstätten			Veränderung 1970 gegen 1950	
	1950	1961	1970	absolut	in %
	1	2 413	1 160	957	- 1 456
2 - 4	3 451	1 984	1 832	- 1 619	- 46,9
5 - 9	1 575	1 479	1 603	+ 28	+ 1,8
10 - 19	735	960	1 023	+ 288	+ 39,2
20 - 49	433	593	581	+ 148	+ 34,2
50 - 99	171	250	242	+ 71	+ 41,5
100 - 199	73	107	98	+ 25	+ 34,2
200 und mehr	14	30	32	+ 18	+ 128,6
Insgesamt	8 865	6 563	6 368	- 2 497	- 28,2

In der Wirtschaftsabteilung Handel sind Groß- und Einzelhandel sowie die Handelsvermittlung zusammengefaßt. Die kleinen Betriebe sind im Handel noch immer vorherrschend. Obwohl die Zahl der Arbeitsstätten seit 1961 um etwa ein Fünftel zurückgegangen ist, hatten 1970 gut drei Viertel aller Arbeitsstätten des Handels weniger als 5 Beschäftigte. Mit über 13 000 Arbeitsstätten ist die Größenklasse von 2 bis 4 tätigen Personen nach wie vor am häufigsten vertreten.

Bei den großen Handelsbetrieben (100 und mehr Beschäftigte) ist dagegen die Entwicklung der Betriebs- und Beschäftigtenzahlen eindeutig expansiv gewesen: die Betriebszahl ist von 64 auf 101 angestiegen, die Beschäftigtenzahl von rund 14 000 auf über 22 000 gewachsen. Damit erhöhte sich der Beschäftigtenanteil dieser großen Handelsbetriebe von knapp 10% im Jahre 1961 auf mehr als 16% im Jahre 1970. Fast 14 500 Beschäftigte in kleineren Arbeitsstätten des Handels wurden in einem knappen Jahrzehnt freigesetzt; während der gleichen Zeitspanne fanden rund 9 100 Personen in den größeren Handelsbetrieben einen neuen Arbeitsplatz. Schrump-

Arbeitsstätten und Beschäftigte nach Größenklassen in der Wirtschaftsabteilung 4 (Handel)

Arbeitsstätten mit ... Beschäftigten	27. 5. 1970				Veränderung 1970 gegen 1961			
	Arbeitsstätten		Beschäftigte		Arbeitsstätten		Beschäftigte	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1	8 641	30,8	8 641	6,2	- 4 219	- 32,8	- 4 219	- 32,8
2 - 4	13 273	47,3	34 521	24,9	- 3 190	- 19,4	- 7 661	- 18,2
5 - 9	3 879	13,8	24 598	17,7	- 339	- 8,0	- 1 912	- 7,2
10 - 19	1 344	4,8	17 642	12,7	- 46	- 3,3	- 663	- 3,6
1 - 19	27 137	96,6	85 402	61,6	- 7 794	- 22,3	- 14 455	- 14,5
20 - 49	698	2,5	20 855	15,0	+ 42	+ 6,4	+ 1 187	+ 6,0
50 - 99	143	0,5	9 819	7,1	- 11	- 7,1	- 446	- 4,3
100 - 199	67	0,2	9 145	6,6	+ 23	+ 52,3	+ 3 069	+ 50,5
200 - 499	27	0,1	7 725	5,6	+ 9	+ 80,0	+ 1 891	+ 32,4
500 - 999	5	0	3 081	2,2	} + 5	+ 250,0	+ 3 438	+ 152,3
1 000 und mehr	2	0	2 614	1,9				
Insgesamt	28 079	100	138 641	100	- 7 726	- 21,6	- 5 316	- 3,7

fung der Kleinen, Expansion der Großen führte im Ergebnis zu größeren Wirtschaftseinheiten; legt man nämlich die durchschnittliche Beschäftigtenzahl einer Arbeitsstätte des Handels zugrunde, dann vergrößerte sich der "durchschnittliche Handelsbetrieb" von 4 Beschäftigten im Jahre 1961 auf knapp 5 im Jahre 1970. Vom Beschäftigungsvolumen her gesehen, entspricht das einem mittleren Wachstum um etwa 25%. Im einzelnen wuchs der durchschnittliche Großhandelsbetrieb von 8 auf 10 Beschäftigte, im Einzelhandel stieg die Durchschnittsgröße von 3,6 auf 4,4 Beschäftigte und in der Handelsvermittlung von 1,7 auf 2,0 Beschäftigte.

Die Größenstruktur im Bereich der privaten Dienstleistungen ist auf den ersten Blick in vieler Hinsicht derjenigen des Handels ähnlich. Auch hier haben rund drei Viertel aller Arbeitsstätten weniger als 5 Beschäftigte. Die Arbeitsstätten mit 2 bis 4 Beschäftigten sind hier noch etwas häufiger als im Handel

anzutreffen, ungefähr jede zweite Arbeitsstätte und jeder dritte Beschäftigte gehört zu dieser Größenklasse. Anders als im Handel ist ein nennenswerter Rückgang der Zahl der Arbeitsstätten nur bei den Einmannbetrieben eingetreten (- 16%), die großen Dienstleistungsbetriebe expandierten erheblich schwächer; die Zahl der Arbeitsstätten mit 100 und mehr Beschäftigten nahm nur von 31 auf 36 zu, die Beschäftigtenzahl dieser Arbeitsstätten stieg lediglich um rund 23%, während es im Handel vergleichsweise nahezu 60% Zuwachs waren.

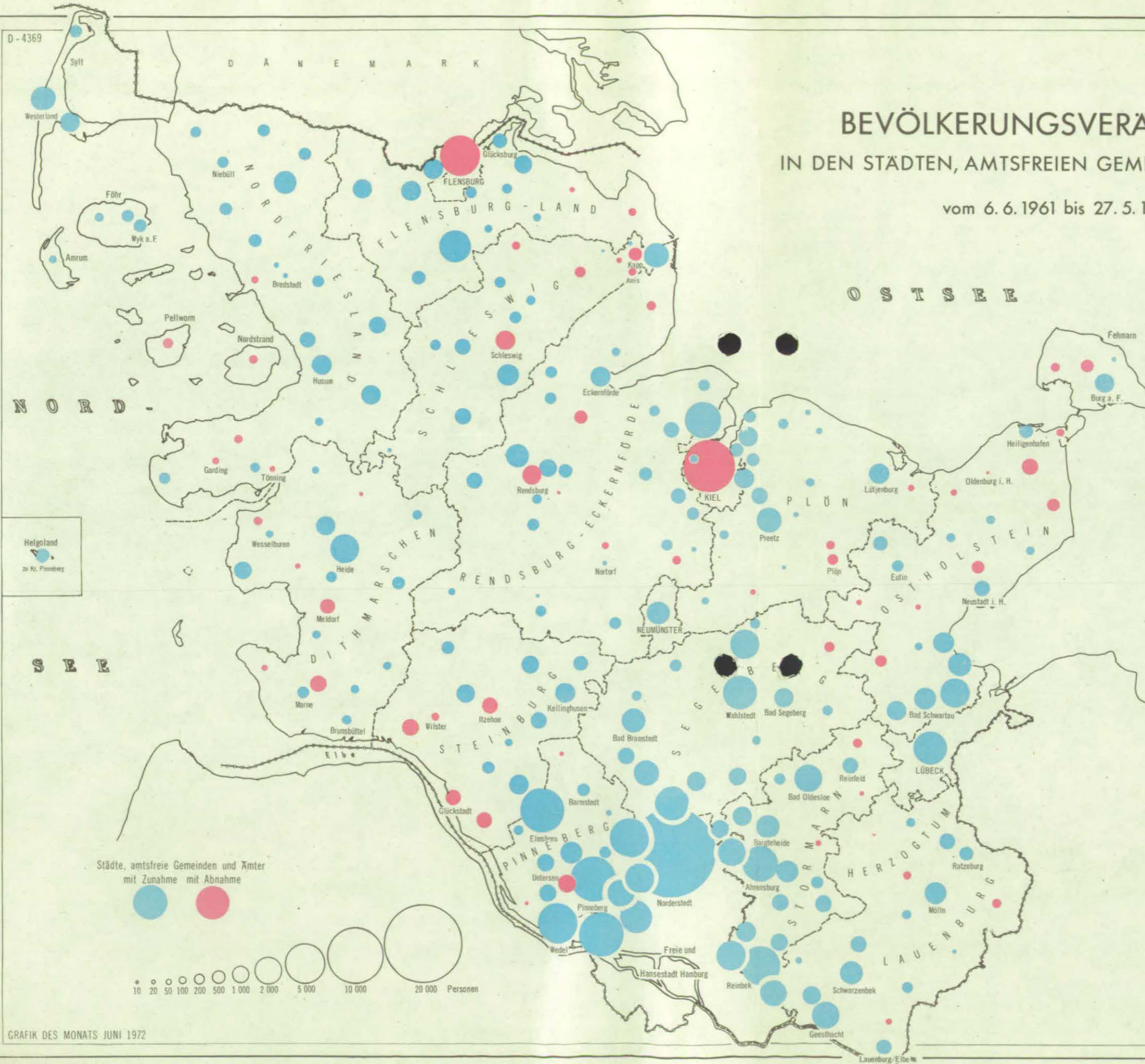
Abschließend ist zu bemerken, daß die Spannweite der privaten Dienstleistungen recht groß ist. Diese Wirtschaftsabteilung umfaßt die "Freien Berufe" wie Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten und Wirtschaftsberater, aber auch Rundfunk- und Fernsehanstalten neben selbständigen Künstlern. Sie enthält außerdem das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, die Wäschereien und Reinigungsbetriebe einschl. Schornsteinfegergewerbe. Das Friseurgewerbe

Arbeitsstätten und Beschäftigte nach Größenklassen in der Wirtschaftsabteilung 7 (private Dienstleistungen)

Arbeitsstätten mit ... Beschäftigten	27. 5. 1970				Veränderung 1970 gegen 1961			
	Arbeitsstätten		Beschäftigte		Arbeitsstätten		Beschäftigte	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1	5 248	24,2	5 248	5,7	- 981	- 15,7	- 981	- 15,7
2 - 4	11 175	51,5	29 989	32,3	+ 206	+ 1,9	+ 800	+ 2,7
5 - 9	3 859	17,8	24 177	26,1	+ 596	+ 18,3	+ 3 725	+ 18,2
10 - 19	1 041	4,8	13 297	14,3	+ 201	+ 23,9	+ 2 656	+ 25,0
1 - 19	21 323	98,2	72 711	78,4	+ 22	+ 0,1	+ 6 200	+ 9,3
20 - 49	285	1,3	8 183	8,8	+ 17	+ 6,3	+ 572	+ 7,5
50 - 99	61	0,3	4 208	4,5	- 2	- 3,2	+ 34	+ 0,8
100 - 199	27	0,1	3 989	4,3	+ 7	+ 35,0	+ 1 343	+ 50,8
200 - 499	7	0	2 035	2,2	- 3	- 30,0	- 972	- 32,3
500 - 999	1	0	540	0,6	} + 1	+ 100,0	+ 1 044	+ 172,8
1 000 und mehr	1	0	1 108	1,2				
Insgesamt	21 705	100	92 774	100	+ 42	+ 0,2	+ 8 221	+ 9,7

BEVÖLKERUNGSVERÄNDERUNG IN DEN STÄDTEN, AMTSFREIEN GEMEINDEN UND ÄMTERN

vom 6. 6. 1961 bis 27. 5. 1970



Die nebenstehende Karte zeigt für alle Städte, amtsfreien Gemeinden und Ämter des Landes die Veränderungen der Einwohnerzahlen zwischen den letzten beiden Volkszählungstichtagen. In diesen neun Jahren hat sich die Wohnbevölkerung in Schleswig-Holstein von 2 317 000 auf 2 494 000 um 177 000 oder 8% erhöht, davon 119 000 durch Geburtenüberschuß und 58 000 durch positiven Wanderungssaldo. Wie man sieht, hat in den meisten Städten, amtsfreien Gemeinden und Ämtern die Wohnbevölkerung zugenommen.

Die "Knollenbildungen" im Gürtel um Hamburg sind Ausdruck des stürmischen Bevölkerungswachstums in den drei an Hamburg grenzenden Kreisen Pinneberg, Segeberg und Stormarn, in denen gegenüber 1961 allein 110 000 Personen mehr gezählt wurden. In den Kreisen Pinneberg und Stormarn stieg die Wohnbevölkerung jeweils um 21% und im Kreis Segeberg sogar um 35% oder um 42 000 Menschen. Allein Norderstedt, das sich um 75% in dieser knappen Dekade vergrößerte, trug dazu mehr als die Hälfte bei. Aber auch in den Industriestandorten Trappenkamp und Wahlstedt belegen Steigerungsraten von 148% und 85% aufsteigende Tendenzen. Der Kreis Hztg. Lauenburg dagegen, als vierter Nachbarkreis Hamburgs, lag mit 9% nur knapp über dem Landesdurchschnitt. Zwar ist dort in der an Hamburg stoßenden Region die Einwohnerzahl kräftiger gestiegen, aber durch die Stagnation im unmittelbaren Zonenrandgebiet kompensiert worden.

Bedeutend waren auch die Zunahmen in Lüneburg, einschließlich des angrenzenden Teils von Ostholstein, in den Stadtrandgemeinden Kiels, Flensburgs, Rendsburgs und Schleswigs und in der Stadt Heide. In den Fällen Kiel, Flensburg, Rendsburg und Schleswig sind allerdings die jeweiligen Randgemeinden bzw. -ämter vor allem auf Kosten der Kernstädte gewachsen - ein Prozeß, der bundesweit zu beobachten ist.

Abwanderungen haben überwiegend in strukturschwachen Regionen zu größeren negativen oder zu stagnationsähnlichen Veränderungen geführt. Hier konnte häufig der Geburtenüberschuß die durch Abwanderungen entstandenen Bevölkerungsverluste nicht ausgleichen. Betroffen sind vor allem Landstriche an der Westküste, einschließlich der Elbe, sowie weite Teile Wagriens, Angeln und Schwansens.

gehört ebenso dazu wie Kraftfahrerschulen und private Kindergärten. Vervollständigt wird die Dienstleistungspalette durch die Sammelposition "Sonstige Dienstleistungen", die von Ausstellungs- und Messeeinrichtungen, Wettbüros und Spielbanken über Leihhäuser, Vermietung beweglicher Sachen (z. B. Kraftfahrzeuge), Bewachung und Aufbewahrung,

Fotografen und private Müllabfuhr bis hin zum Bestattungsgewerbe reicht.

Siegfried Schwarz

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht D/Arbeitsstättenzählung 1970 enthalten. Vergleiche auch: "Arbeitsstätten und Beschäftigte (Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970)" in Wirtschaft und Statistik 1972, S. 215 (April)

Das Bruttoinlandsprodukt 1960 bis 1971

Die Größe und Entwicklung des Sozialprodukts und des Inlandsprodukts ermöglichen quantitative Aussagen über die Wirtschaftskraft und die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins. Das Inlandsprodukt bezieht sich auf die von inländischen Wirtschaftseinheiten erzeugten Güter und Dienstleistungen, mißt also sozusagen die wirtschaftliche Aktivität einer Region, hier des Landes Schleswig-Holstein. Das Sozialprodukt bezieht sich dagegen auf Inländer und mißt die wirtschaftliche Aktivität einer Personengruppe, hier der Wohnbevölkerung Schleswig-Holsteins. Der Unterschied zwischen beiden Werten besteht im Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Schleswig-Holsteiner außerhalb Schleswig-Holsteins und Nicht-Schleswig-Holsteiner in unserem Lande erzielen. Ein Schleswig-Holsteiner, der in Hamburg arbeitet, trägt also beispielsweise mit seiner Arbeitsleistung in Schleswig-Holstein zum Sozialprodukt bei, nicht aber zum Inlandsprodukt, dagegen trägt er aber in Hamburg zum dortigen Inlandsprodukt, nicht aber zum Sozialprodukt bei.

Da die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und damit auch die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts den jeweils aktuellen Anforderungen angepaßt werden müssen, ist es erforderlich, daß die Konzepte und Definitionen von Zeit zu Zeit überprüft und auf die sich ausweitenden und zum Teil wandelnden Verwendungszwecke abgestimmt werden und daß alle anfallenden wichtigen statistischen Informationen, insbesondere aus den jeweils neuesten umfassenden Erhebungen, in die Berechnungen eingearbeitet werden. Der wesentliche Grund für die letzte Revision ab 1960, die für die Bundesländer nunmehr zum Abschluß gekommen ist, war der Einbau einer Reihe von nur in mehrjährigen Abständen durchgeführten Statistiken, die bisher noch nicht hatten berücksichtigt werden können. Daneben erforderte der Wunsch nach tiefer gegliederten Ergebnissen in einigen Fällen die Umstellung der bisherigen Berechnungsmethoden. Außerdem wurde die Berechnung in konstanten Preisen auf die Preisbasis

1962 umgestellt. Bei den folgenden Darstellungen ist also zu beachten, daß es sich gegenüber den bisherigen Veröffentlichungen um revidierte Werte handelt. Weitere Zahlen in sachlich tieferer Gliederung werden im Statistischen Bericht P I 1 - 13 veröffentlicht.

Da bisher noch keine revidierten Werte für das Sozialprodukt vorliegen, kann für die Messung der Wirtschaftskraft vorerst nur das Inlandsprodukt herangezogen werden. Das Bruttoinlandsprodukt ergibt sich als Saldo von Bruttoproduktionswerten und Vorleistungen. Diese insgesamt erstellte Gütermenge kann zu Marktpreisen und zu Faktorkosten bewertet werden. Im Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen sind die indirekten Steuern enthalten und die Subventionen abgezogen. Vermindert man also das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen um den Saldo von indirekten Steuern und Subventionen, so erhält man das Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten. Bei den folgenden Ausführungen über die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein von 1960 bis 1971 wird das jährlich erstellte Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen herangezogen.

Das Bruttoinlandsprodukt 1960 bis 1971

Das Bruttoinlandsprodukt hat sich in Schleswig-Holstein seit 1960 um 15,3 Milliarden DM auf 25,1 Milliarden DM erhöht, was einer Zunahme von insgesamt 157% und einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 9,0% entspricht. Im gesamten Bundesgebiet stieg das Bruttoinlandsprodukt in demselben Zeitraum um 150% an, so daß die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein auf diese lange Sicht nahezu parallel zu der im gesamten Bundesgebiet verlief. Bei einer Betrachtung von Jahr zu Jahr sind dagegen zum Teil erhebliche Unterschiede festzustellen. So hat sich beispielsweise der wirtschaftliche Aufschwung Anfang der sechziger Jahre in Schleswig-Holstein länger gehalten als im Bundesgebiet, denn 1962 verzeichnete Schleswig-Holstein eine Zuwachsrate von 13,5% gegenüber 8,2% im Bundesgebiet, andererseits

Das Bruttoinlandsprodukt 1960 bis 1971 in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

Jahr	Schleswig-Holstein				Bundesgebiet			
	In jeweiligen Preisen		In Preisen von 1962		In jeweiligen Preisen		In Preisen von 1962	
	Mill. DM	1960 = 100	Mill. DM	1960 = 100	Mill. DM	1960 = 100	Mill. DM	1960 = 100
1960	9 758	100	10 728	100	302 550	100	328 590	100
1961	10 898	112	11 419	106	333 450	110	347 060	106
1962	12 374	127	12 374	115	360 910	119	360 910	110
1963	13 098	134	12 607	118	384 770	127	373 280	114
1964	13 987	143	13 056	122	422 140	140	398 500	121
1965	15 422	158	13 857	129	462 020	153	421 030	128
1966	16 478	169	14 291	133	492 100	163	433 010	132
1967 ¹	17 068	175	14 650	137	496 860	164	432 090	131
1968 ¹	18 501	190	15 554	145	540 540	179	462 890	141
1969 ¹	20 081	206	16 217	151	603 880	200	499 840	152
1970 ¹	22 371	229	16 937	158	684 180	226	528 200	161
1971 ²	25 095	257	17 697	165	756 900	250	542 200	165

1) vorläufige Ergebnisse

2) erste vorläufige Ergebnisse

lag die Zuwachsrate des Bundes 1969 gegenüber dem Vorjahr 3,2 Punkte über der Schleswig-Holsteins.

In den betrachteten 12 Jahren folgte in Schleswig-Holstein dem wirtschaftlichen Aufschwung in den Jahren 1961 bis 1962 ein Abschwung, der aber schnell abgefangen wurde und schon 1965 ein gutes Jahr mit einer Zuwachsrate von 10,3% folgen ließ. Die danach einsetzende Rezession war dann erheblich stärker, sie hatte ihren Tiefpunkt 1967 mit einer Zuwachsrate von nur 3,6%. Dabei schnitt Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesgebiet noch recht gut ab, denn im Bundesgebiet wurde nur eine Zuwachsrate von 1,0% erzielt. Diese Rezession wurde im wesentlichen durch staatliche Maßnahmen überwunden und wich bald wieder hohen Zuwachsraten. 1971 war das wirtschaftliche Wachstum in Schleswig-Holstein mit einer Zuwachsrate von 12,2% überdurchschnittlich hoch; denn im gesamten Bundesgebiet wurde eine Steigerungsrate von 10,6% erzielt. Damit schneidet Schleswig-Holstein in seiner wirtschaftlichen Entwicklung im Vergleich zu den anderen Bundesländern recht gut ab, denn nur Bremen, Rheinland-Pfalz und das Saarland wiesen noch höhere Wachstumsraten auf.

Zu diesen Ausführungen über das Anwachsen des Bruttoinlandsprodukts ist allerdings zu bemerken, daß es sich hierbei um nominale Entwicklungen handelt, was bedeutet, daß die Preissteigerungen in den Wachsraten enthalten sind. Die reale Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, das heißt, die Zunahme der erstellten Gütermenge bewertet in Preisen von 1962, ist also um die Preissteigerungen seit 1962 niedriger als die nominale Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. Wie groß die Preiskomponente ist, kann man daran erkennen, daß das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins in der Zeit von 1960

bis 1971 nominal um 157% gestiegen ist, während real eine Wachstumsrate von nur 65% zu verzeichnen ist. Einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von nominal 9,0% steht also eine reale Wachstumsrate von 4,7% gegenüber. Als Differenz ergibt sich daraus eine durchschnittliche jährliche Preissteigerungsrate von 4,3%. Diese Preissteigerungsrate gibt die Summe der Preisveränderungen bei sämtlichen erstellten Gütern einschließlich der Vorprodukte an, wobei sich die Mengen von Periode zu Periode ändern. Es handelt sich hier also nicht um den Anstieg der Lebenshaltungskosten, bei dem für einen konstanten Warenkorb der Güter des privaten Verbrauchs die Preissteigerungen ermittelt werden.

Meßziffer für das reale Bruttoinlandsprodukt 1971
in den Bundesländern

Land	1971 ¹
	Meßziffer 1960 = 100
Schleswig-Holstein	165
Hamburg	152
Niedersachsen	159
Bremen	148
Nordrhein-Westfalen	153
Hessen	176
Rheinland-Pfalz	189
Baden-Württemberg	175
Bayern	184
Saarland	142
Berlin (West)	150
Bundesgebiet	165

1) erste vorläufige Ergebnisse

Die Preissteigerungen waren in den einzelnen Jahren zum Teil recht unterschiedlich, wobei besonders in den letzten zwei Jahren eine erheblich über dem Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1971 liegende Teuerung festzustellen

ist. 1971 ergab sich aus der Differenz zwischen nominaler und realer Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts eine Preissteigerungsrate von 7,7% in Schleswig-Holstein und 7,9% im Bundesgebiet, und 1970 betrug die Teuerung auch bereits 7,0% in Schleswig-Holstein und 7,6% im Bundesgebiet. Dagegen waren die Preissteigerungen als Folge der wirtschaftlichen Rezession in den Jahren 1967 und 1968 mit 1,1% und 2,2% in Schleswig-Holstein und 1,2% und 1,7% im Bundesgebiet besonders niedrig. Ein entsprechendes Bild ergibt sich, wenn man das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen mit dem in Preisen von 1962 vergleicht, denn im Jahre 1971 war das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins in jeweiligen Preisen bereits um 41,8% höher als der reale Wert. Im vorangegangenen Jahr waren es erst 32,1% und 1969 sogar nur 23,8%.

Das reale wirtschaftliche Wachstum - also das wirtschaftliche Wachstum unter Ausklammerung der Preissteigerungen - hat sich in Schleswig-Holstein im Gegensatz zum Bundesgebiet seit 1969 jeweils von Jahr zu Jahr geringfügig um 0,1 Punkte von 4,3% auf 4,5% erhöht. Im gleichen Zeitraum schwächte sich das reale Wachstum im Bundesgebiet dagegen erheblich ab. Das Bruttoinlandsprodukt stieg nämlich 1971 gegenüber 1970 in konstanten Preisen nur noch um 2,7% und damit wesentlich schwächer als 1970 (+ 5,7% gegenüber 1969) und insbesondere weniger als im Jahre 1969, in dem der letzte Konjunkturaufschwung seinen Höhepunkt hatte (+ 8,0% gegenüber 1968). Das ist vor allem darauf zurückzuführen,

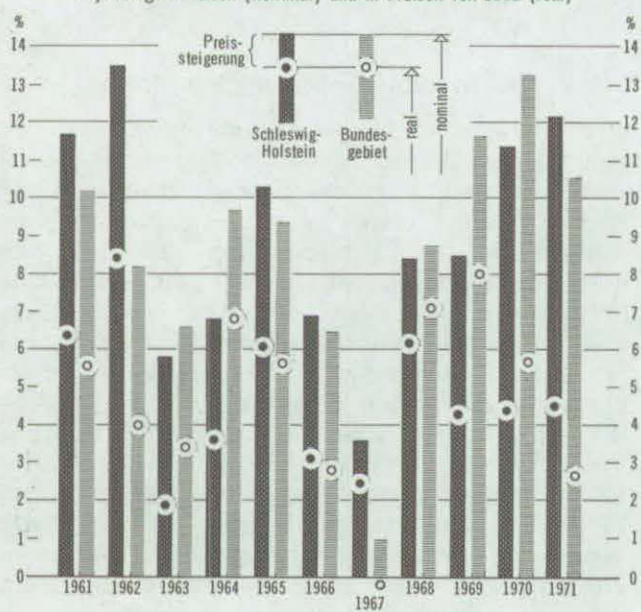
daß Schleswig-Holstein von den wirtschaftlichen Unruhen im Bundesgebiet, die insbesondere durch die Streiks in der Metallindustrie hervorgerufen wurden, weitgehend verschont geblieben ist.

Einen Überblick über die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts von Jahr zu Jahr und damit über das Auf und Ab in der Wirtschaft jeweils seit 1961 gibt das obige Bild für Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesgebiet. In diesem Bild wird durch die Höhe der Säulen die jährliche Zuwachsrate des nominalen Bruttoinlandsproduktes (Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen) dargestellt. Die dunkle Säule gilt für Schleswig-Holstein und die helle Säule für das Bundesgebiet. Daraus kann abgelesen werden, daß beispielsweise das nominale Bruttoinlandsprodukt 1961 in Schleswig-Holstein um 11,7% und im Bundesgebiet um 10,2% höher war als 1960. Durch den Säulenabschnitt unterhalb des Punktes wird die jährliche Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsproduktes (Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962) wiedergegeben. Danach beträgt die reale Zuwachsrate 1961 gegenüber 1960 in Schleswig-Holstein 6,4% und im Bundesgebiet 5,6%. Als Differenz zwischen nominaler und realer jährlicher Zuwachsrate ergibt sich die jährliche Preissteigerungsrate, die am Säulenabschnitt oberhalb des Punktes gemessen werden kann. 1961 ist danach gegenüber 1960 eine Preissteigerung von 5,3% in Schleswig-Holstein und 4,6% im Bundesgebiet festzustellen.

Die Beiträge der Wirtschaftsbereiche

An der Erstellung des Bruttoinlandsprodukts sind die einzelnen Wirtschaftsbereiche mit sehr unterschiedlichen Anteilen beteiligt, und das Gewicht der einzelnen Wirtschaftsbereiche hat sich im Zeitablauf zum Teil erheblich verändert. Bei einer Aufgliederung des Bruttoinlandsprodukts 1971 in jeweiligen Preisen nach fünf Wirtschaftsbereichen ergibt sich, daß der wesentliche Beitrag in Schleswig-Holstein mit mehr als zwei Fünfteln vom warenproduzierenden Gewerbe geleistet wird. Im Bundesgebiet erwirtschaftet dieser Bereich sogar mehr als die Hälfte des Gesamtwertes. Der zweitstärkste Wirtschaftsbereich, Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, erbringt dagegen in Schleswig-Holstein nur noch etwa ein Fünftel des Gesamtbetrages. Dasselbe wirtschaftliche Gewicht haben das Dienstleistungsgewerbe und der etwas heterogene Bereich "Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter". Der restliche Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt kommt aus dem Bereich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei, im

Jährliche Zuwachsraten des Bruttoinlandsproduktes
in jeweiligen Preisen (nominal) und in Preisen von 1962 (real)



D - 4370

Anteile der Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt
in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet
in jeweiligen Preisen

Bereich	1960	1965	1971
	%		
Schleswig-Holstein			
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	12,7	10,5	7,2
Warenproduzierendes Gewerbe	42,2	42,4	43,4
Handel und Verkehr	21,3	21,6	19,6
Dienstleistungsunternehmen	11,3	12,6	14,9
Staat, Private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter	12,5	12,9	14,9
Bundesgebiet			
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	5,7	4,3	2,8
Warenproduzierendes Gewerbe	54,4	54,1	54,1
Handel und Verkehr	19,6	19,3	17,5
Dienstleistungsunternehmen	11,4	12,7	14,1
Staat, Private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter	8,9	9,7	11,4

folgenden abgekürzt als "Land- und Forstwirtschaft" bezeichnet, der mit 7,2% in Schleswig-Holstein den weitaus größten Anteil unter allen Bundesländern aufweist. Im Bundesgebiet entfallen auf diesen Bereich nur noch 2,8%.

Von 1960 bis 1971 ist der Anteil der Land- und Forstwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein von 12,7% auf 7,2% zurückgegangen. Dieser Rückgang ist in einem erheblichen Maße darauf zurückzuführen, daß bei den landwirtschaftlichen Produkten die Preissteigerungen bei weitem nicht so hoch waren wie bei den übrigen Gütern und Dienstleistungen. So ist das gesamte Bruttoinlandsprodukt von 1960 bis 1969 nominal um 106% und real um 51% gestiegen, während bei der Land- und Forstwirtschaft einer nominalen Zuwachsrate von 54% eine reale Zuwachsrate von 20% gegenübersteht. Während also gesamtwirtschaftlich eine durchschnittliche jährliche Preissteigerungsrate von 3,6% zu verzeichnen ist, betrug die durchschnittliche jährliche Preissteigerung im Bereich Land- und Forstwirtschaft nur 2,9%. Daraus kann unmittelbar abgeleitet werden, daß der Bereich Land- und Forstwirtschaft bei einer realen Betrachtungsweise besser abschneidet als bei einer nominalen. In Zahlen ergibt sich, daß der Anteil des Bereichs Land- und Forstwirtschaft am nominalen Bruttoinlandsprodukt von 1960 bis 1969 um 3,3 Punkte auf 9,4% gesunken ist, während dieser Anteil am realen Bruttoinlandsprodukt nur um 2,6 Punkte auf 10% herabsank. Das ist ein weiteres Beispiel dafür, daß die Preiskomponente ein ganz

wesentlicher Faktor bei Ermittlungen von Wirtschaftsleistungen ist, und daß insbesondere beim Vergleich zwischen Wirtschaftsbereichen die Entwicklung eben real erheblich anders aussehen kann als nominal.

Aber zurück zum Anteil der Wirtschaftsbereiche am nominalen Bruttoinlandsprodukt. Hier ist ergänzend auszuführen, daß der Bereich Dienstleistungen von 1960 bis 1971 überproportional expandierte und seinen Anteilswert von 11,3% auf 14,9% steigerte. Nahezu dieselbe expandierende Entwicklung ist im Bereich Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter festzustellen. Aber in diesem Bereich ist auf eine ähnliche Besonderheit hinzuweisen wie im Bereich Land- und Forstwirtschaft, allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen. Da die Preissteigerungen im Bereich Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter ausschließlich auf Lohn- und Gehaltssteigerungen zurückzuführen sind, ist es naheliegend, daß die Preissteigerungen in diesem Bereich überdurchschnittlich hoch sind. Die durchschnittliche jährliche Preissteigerungsrate von 6,5% in den Jahren 1960 bis 1969 lag immerhin um 2,9 Punkte über der gesamtwirtschaftlichen Steigerungsrate. Das wirkt sich so stark aus, daß der Anteil dieses Bereichs am realen Bruttoinlandsprodukt in dem genannten Zeitraum sogar von 12,9% auf 11,2% zurückgegangen ist.

Das warenproduzierende Gewerbe zeigt eine stagnierende Tendenz mit geringen Schwankungen nach oben und nach unten zwischen den Jahren. Hier wurde 1971 mit 43,4% der höchste Anteilswert des Jahres 1962 fast wieder erreicht. Der Anteil des Bereichs Handel und Verkehr geht seit 1964 ständig leicht zurück und verringerte seinen Wert bis 1971 von 21,8% auf 19,6%.

Die Produktivitätsentwicklung seit 1960

Wie bereits eingangs erläutert, handelt es sich beim Bruttoinlandsprodukt um einen Wert, der die wirtschaftliche Aktivität einer Region und nicht einer Personengruppe wiedergibt. Da es sich hier also um ein Inlandsprodukt und nicht um ein Inländerprodukt handelt, ist es nicht vertretbar, das reale Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen je Einwohner als Maßstab für einen regionalen Vergleich zu wählen. Für Schleswig-Holstein würde sich bei einem derartigen Vergleich mit seinem bei der Volkszählung 1970 festgestellten Auspendlersaldo von rund 77 000 Erwerbstätigen ein schiefes Bild ergeben, während beispielsweise die Darstellung für Hamburg in anderer Richtung nicht den wahren Verhältnissen entspräche.

Stellt man aber das reale Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen von Schleswig-Holstein in Relation zu den Beschäftigten in Schleswig-Holstein, dann erhält man einen Maßstab dafür, was heute meist unter gesamtwirtschaftlicher Produktivität verstanden wird. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß eine Produktivitätssteigerung dann nicht ausschließlich auf eine gestiegene Arbeitsleistung, sondern auch auf verschiedene andere Faktoren wie Strukturverschiebungen in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft, verstärkter Kapitaleinsatz und unternehmerische Innovationen sowie öffentliche Infrastrukturmaßnahmen zurückzuführen ist. Außerdem wird bei dieser Produktivitätsberechnung, in die als Bezugsgröße eben nur die Zahl der Beschäftigten eingeht, davon ausgegangen, daß die durchschnittliche Arbeitszeit in dem betrachteten Zeitraum konstant geblieben ist. Da die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aber zurückgegangen ist, ist die gesamtwirtschaftliche Produktivität - gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde - noch stärker gestiegen, als die folgenden Zahlen angeben.

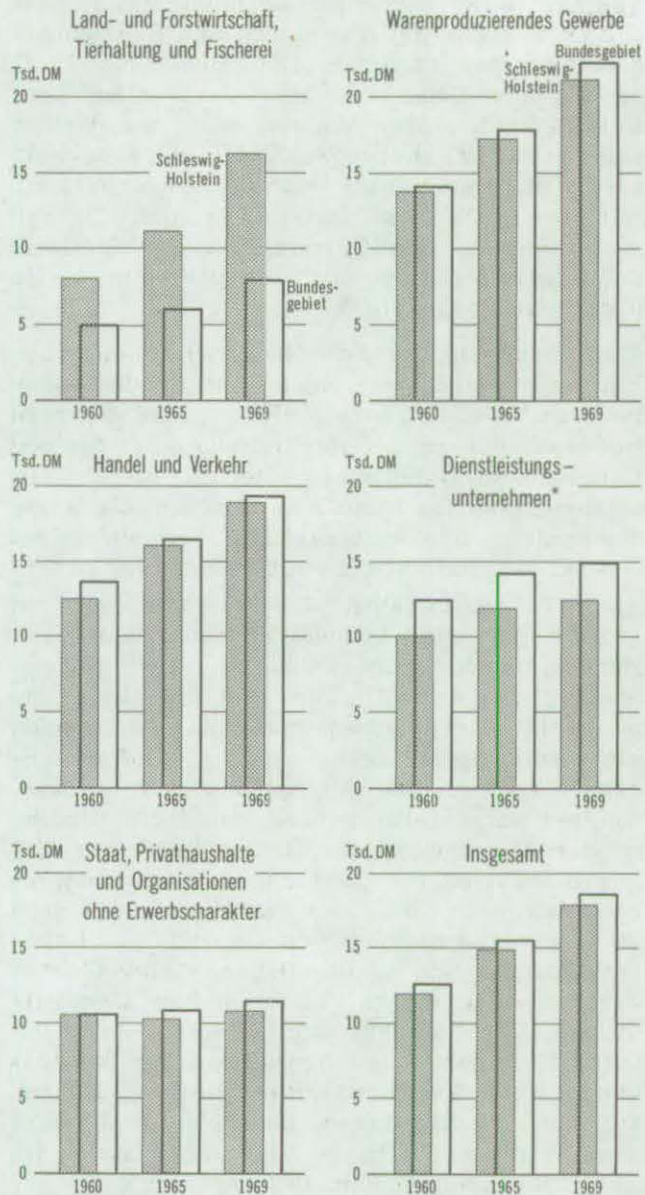
Produktivitätszahlen können zwar vorerst nur bis 1969 geboten werden, aber die Entwicklung läßt sich auch so gut darstellen. In Schleswig-Holstein ist von 1960 bis 1969 die gesamtwirtschaftliche Produktivität - gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten - um 50% gestiegen, was einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 4,6% entspricht. Damit weist Schleswig-Holstein nahezu dieselbe Produktivitätssteigerung auf wie das Bundesgebiet, in dem die Zunahme 49% betrug.

Bei einer Aufgliederung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität nach Wirtschaftsbereichen fällt die ganz erheblich über dem Gesamtdurchschnitt liegende Produktivitätssteigerung im Bereich Land- und Forstwirtschaft mit einer Zunahme um 103% oder durchschnittlich jährlich 8,2% auf. Mit dieser Verdopplung der Produktivität in nur neun Jahren weist Schleswig-Holstein eine wesentlich bessere Entwicklung als das Bundesgebiet auf, denn im gesamten Bundesgebiet steigerte dieser Bereich seine Leistung nur um 58%. Diese Entwicklung ist vor allem auf die relativ gesunde Betriebsgrößenstruktur der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft zurückzuführen. Überdurchschnittliche Steigerungen der Produktivität verzeichneten in Schleswig-Holstein noch das produzierende Gewerbe und der Bereich Handel und Verkehr. Dagegen ist im Bereich Dienstleistungen unter Ausklammerung der Wohnungsvermietung, in der es keine Beschäftigten im eigentlichen Sinne gibt, nur eine Zunahme um 24% festzustellen. Aller-

D - 4371

Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten

- in Preisen von 1962 -



1969 = vorläufige Ergebnisse *) ohne Wohnungsvermietung

dings liegt Schleswig-Holstein hiermit noch bemerkenswert über dem Bundesdurchschnitt, denn im gesamten Bundesgebiet stieg die Produktivität im Dienstleistungsbereich nur um 19%.

Der größte Beitrag je Beschäftigten wird mit 21 180 DM im produzierenden Gewerbe erbracht. Überdurchschnittliche Werte weisen außerdem nur noch die Beschäftigten im Bereich Handel und Verkehr auf. Auch hier ist im Bereich Land- und Forstwirtschaft ein Vergleich zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet aufschlußreich, denn mit 16 330 DM leisten die Beschäftigten in der schleswig-holsteinischen Land- und Forstwirtschaft einen mehr als doppelt so hohen Beitrag wie im gesamten Bundesgebiet.

Peter Möller

Der Außenhandel Schleswig-Holsteins

Ausfuhr im Sinne der Außenhandelsstatistik ist das Verbringen von Waren aus dem Erhebungsgebiet in das Ausland. Das Erhebungsgebiet umfaßt die Bundesrepublik Deutschland und Berlin-West. Als Ausland gilt das Gebiet außerhalb des Erhebungsgebietes und außerhalb der DDR. Demzufolge wird der Warenverkehr mit der DDR und Ost-Berlin nicht in der Außenhandelsstatistik, sondern in der "Statistik des Warenverkehrs mit der DDR und Berlin (Ost)" nachgewiesen.

Maßgebend für die Aufteilung der Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland auf Bundesländer ist der Herstellungsort der Ware. Sind mehrere Bundesländer an der Herstellung einer für den Export bestimmten Ware beteiligt, so ist Herstellungsland das Bundesland, in dem die letzte wesentliche und wirtschaftlich gerechtfertigte Be- oder Verarbeitung stattgefunden hat.

Ab 1970 wird neben der Ausfuhr auch die Einfuhr der Bundesrepublik Deutschland nach Bundesländern aufgeschlüsselt. Eine Gegenüberstellung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen ist allerdings aus methodischen Gründen nicht zulässig. Während nämlich die Ausfuhrergebnisse in der Abgrenzung des Spezialhandels dargestellt werden, wird die Einfuhr in der Abgrenzung des Generalhandels nachgewiesen. General- und Spezialhandel unterscheiden sich bei der Einfuhr nur durch die verschiedene Nachweisung der auf Lager (Freihafen- und Zollgutlager) eingeführten ausländischen Waren. So werden im Generalhandel alle Einfuhren auf Lager im Zeitpunkt ihrer Einlagerung nachgewiesen. Im Spezialhandel werden dagegen nur diejenigen Einfuhren auf Lager nachgewiesen, die nicht zur Wiederausfuhr gelangen. Diese Einfuhren werden im Zeitpunkt ihrer Einfuhr aus Lager erfaßt.

Bei der Interpretation der Einfuhrergebnisse nach Bundesländern muß weiterhin folgendes beachtet werden: Die Zahlen geben nur annäherungsweise den Umfang der in einem Bundesland verbrauchten oder weiterverarbeiteten ausländischen Waren an. Das liegt daran, daß das Bundesland, in dem die ausländischen Waren verbraucht oder weiterverarbeitet werden sollen, zum Zeitpunkt der Einfuhranmeldung häufig noch nicht bekannt ist. Wenn z. B. ein Händler ausländische Waren in die Bundesrepublik Deutschland einführt, sie aber erst zu einem späteren Zeitpunkt auf die endgültigen Zielorte verteilt, werden diese Waren dem Bundesland als Einfuhren angerechnet, in dem die Waren zunächst gelagert werden. Da Hamburg bei Massengütern und typischen Lagerwaren als "Zwischenstation" der Auslandsgüter eine wichtige Rolle spielt, müssen die Einfuhrergebnisse Schleswig-Holsteins nach oben kor-

rigiert werden, wenn man ein Bild von dem Umfang ausländischer Waren erhalten will, die 1970 in Schleswig-Holstein verbraucht oder weiterverarbeitet wurden.

Beständiges Exportwachstum

Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins hat sich in den vergangenen 20 Jahren ständig ausgeweitet. Von 87 Mill. DM im Jahre 1950 ist sie auf 2,2 Mrd. DM im Jahre 1970 angestiegen. Die Milliardengrenze wurde 1960 überschritten. In dem betrachteten Zeitraum wurde der aufwärts gerichtete Trend zweimal unterbrochen. Das erste Mal geschah dies im Jahre 1961, das zweite Mal 1967. Die Ursache hierfür war in beiden Fällen ein Rückgang der Schiffsexporte. Daß die Veränderung der Ausfuhr von Schiffen auf die Gesamtentwicklung durchschlagen konnte, liegt an dem hohen Anteil, mit dem die Ausfuhr von Schiffen an der Gesamtausfuhr Schleswig-Holsteins bis dahin beteiligt war. Läßt man einmal die Schiffsablieferungen außer Betracht, stieg die Ausfuhr ohne Unterbrechungen an. Von 1951 an gerechnet, betrug die (jährliche) Zunahme im Durchschnitt 12 %. Entscheidend für die Expansion der schleswig-holsteinischen Exporte war sicherlich die Zunahme der wirtschaftlichen Aktivität in aller Welt und die damit verbundene Ausdehnung des Welthandels. Allerdings hätte der Welthandel nicht den heutigen Umfang erreicht, wenn nicht der internationale Warenaustausch zunehmend liberalisiert worden wäre und wenn nicht die Bereitschaft hauptsächlich der Industrienationen zu Kooperation auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet und zu Koordination ihrer wirtschaftspolitischen Maßnahmen bestanden hätte.

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland und Schleswig-Holsteins

Jahr	Ausfuhr der Bundesrepublik		Ausfuhr Schleswig-Holsteins		
	Mill. DM	DM je Einwohner	Mill. DM	DM je Einwohner	in % der Ausfuhr des Bundes
1960	47 946	865	1 194	520	2,5
1965	71 651	1 214	1 360	561	1,9
1970	125 276	2 035 ^a	2 166	868 ^a	1,7

a) am 30. 6. 1970

Der Anteil der Ausfuhr Schleswig-Holsteins an der Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den letzten Jahren wenig verändert. Zwischen 1965 und 1970 schwankte er zwischen 2,0 % (1966) und 1,7 % (1970). Ohne die Schiffsexporte ist der Anteil von 1,5 % im Jahre 1965 auf 1,6 % im Jahre 1970 gestiegen.

Maschinen wichtigstes Exportgut

Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins betrug im Jahre 1970 2,2 Mrd. DM. Davon entfielen auf Güter der Ernährungswirtschaft 285 Mill. DM (13 %), auf Güter der gewerblichen Wirtschaft 1 880 Mill. DM (87 %). Die Ernährungswirtschaft konnte ihren Export seit 1950 beträchtlich ausweiten. Der Anteil der Exporte an der Gesamtausfuhr (ohne Schiffe) ist aber annähernd konstant geblieben (im Mittel 13 %).

Der Export von Gütern der Ernährungswirtschaft gliedert sich wie folgt auf: Auf Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs entfielen 49 %. Es folgten die Nahrungsmittel tierischen Ursprungs mit einem Exportanteil von 35 %. Genußmittel und lebende Tiere kamen auf 15 % und 2 % Exportanteil.

Weizen und Müllereierzeugnisse stellten die wichtigsten Posten im Export von Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs dar. Weizen wurde hauptsächlich in die Vereinigte Arabische Republik sowie nach Indien, Pakistan und Afghanistan verschickt. Hauptabnehmer von Müllereierzeugnissen waren Dänemark und Polen.

Von den Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs waren Milch, Fleisch und Fische im Ausland am gefragtesten. Die Ausfuhr von Genußmitteln erstreckte sich hauptsächlich auf Kaffee und Tabakerzeugnisse.

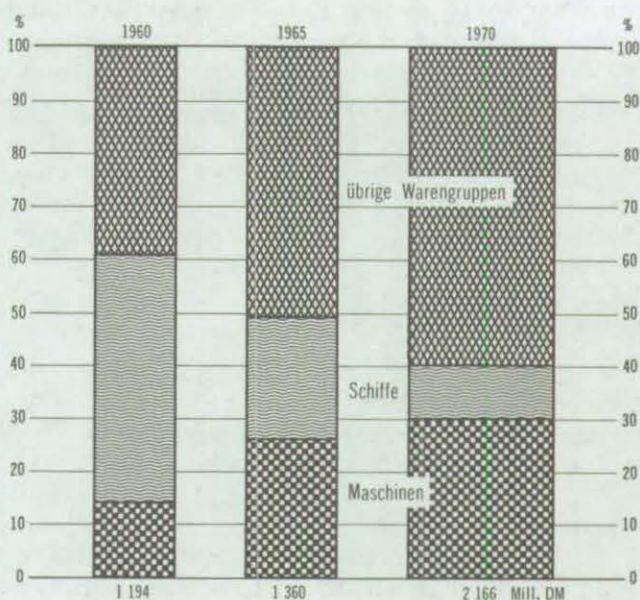
In der Außenhandelsstatistik werden die Güter der gewerblichen Wirtschaft nach dem Grad ihrer Be- oder Verarbeitung aufgegliedert. Man unterscheidet Rohstoffe, Halbwaren und Fertigwaren, letztere werden aufgeteilt in Vor-erzeugnisse und Enderzeugnisse.

Das tragende Element der schleswig-holsteinischen Ausfuhr sind die Fertigwaren der gewerblichen Wirtschaft, von denen wiederum den Enderzeugnissen eine hervorragende Rolle zukommt. Auf Fertigwaren entfielen 1970 allein 78 % der Gesamtausfuhr, auf Enderzeugnisse 70 %. Gemessen an der Ausfuhr von Fertigwaren spielt der Export von Halbwaren (7 %) und Rohstoffen (2 %) eine untergeordnete Rolle.

Zu den wichtigsten Exporterzeugnissen gehören seit Jahren die Maschinen. Im Jahre 1970 lagen sie mit 647 Mill. DM mit deutlichem Abstand vor allen anderen Exportprodukten. Unter den Begriff "Maschinen" wurden folgende Maschinenarten gefaßt: Werkzeugmaschinen einschließlich Walzwerksanlagen, Maschinen für die Spinnstoff-, Leder- und Lederwarenindustrie, landwirtschaftliche Maschinen einschließlich Ackerschlepper, Dampflokomotiven, Kraftmaschinen, Pumpen, Druckluftmaschinen und dgl., Fördermittel, Papier- und Druckmaschinen, Büromaschinen, Maschinen für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, sonstige

D - 4363

Der Anteil der Maschinen und Schiffe an der Ausfuhr



Maschinen. Elektrische Maschinen sind dagegen in der Warengruppe "Elektrotechnische Erzeugnisse" enthalten.

Von den verschiedenen Arten der Maschinen sollen nur die wichtigsten erwähnt werden. Pumpen und Druckluftmaschinen standen mit einem Erlös von 141 Mill. DM im Jahre 1970 an erster Stelle. Es folgten die Kraftmaschinen mit 98 Mill. DM. Der Export von Papier- und Druckmaschinen brachte 56 Mill. DM ein.

Der Abnehmerkreis von Maschinen ist sehr breit gestreut. Der bedeutendste Importeur von Maschinen waren die USA. Dorthin gingen 1970 Maschinen im Wert von 72 Mill. DM. Das sind 47 % der Ausfuhr in die USA. Die Niederlande lagen hinter den USA mit einem Maschinenimport in Höhe von 53 Mill. DM an zweiter Stelle. Dann folgten Italien, das Maschinen im Wert von 51 Mill. DM kaufte, und Frankreich, dessen Ausgaben für Maschinen 47 Mill. DM betragen.

Anteil der Schiffsablieferungen rückläufig

Lange Zeit hatten Schiffe das wichtigste Exportgut Schleswig-Holsteins gebildet. Teilweise war der Schiffsexport mit mehr als 40 % am Gesamtexport beteiligt gewesen. 1966 lag dieser Anteil bei 30 %. In den letzten Jahren hat der Schiffbau weiter relativ an Bedeutung verloren. 1970 betrug der Anteil nur noch 10 %. Zum Vergleich sei dieser Anteil für die ganze Bundesrepublik erwähnt: Er betrug 1970 0,9 %.

Der Höhepunkt der Schiffsexporte lag im Jahre 1960, als Schiffe im Wert von 566 Mill. DM exportiert wurden. Dieses Jahr markiert gleichzeitig einen Umbruch in der Entwicklung

der Schiffsexporte. Während nämlich die Ausfuhr von Schiffen vor 1960 sehr stark anstieg, stagnierte sie in der Zeit zwischen 1960 und 1970. 1970 erreichte der Schiffsexport 214 Mill. DM.

Die starken Schwankungen, denen die Schiffsausfuhr unterliegt, sind überwiegend zufallsbedingt. Der Schiffsexport wird nämlich dem Jahr zugerechnet, in dem das Schiff an seinen Auftraggeber abgeliefert wird. Bei den heutigen Größenordnungen im Schiffbau ist es verständlich, daß auf diese Weise starke jährliche Schwankungen entstehen.

Im Jahre 1970 waren britische und norwegische Reeder die größten Abnehmer. Nach Großbritannien wurden Schiffsbauten im Wert von 65 Mill. DM geliefert. Norwegen bezog Schiffe im Wert von 50 Mill. DM. Auf diese beiden Länder entfielen also mehr als 50 % der Schiffsausfuhr Schleswig-Holsteins. Schiffe im Werte von mehr als 10 Mill. DM nahmen noch vier weitere Länder ab, nämlich die Schweiz (16 Mill. DM), Dänemark (13 Mill. DM), Panama (12 Mill. DM) und Griechenland (11 Mill. DM).

Während die Ausfuhr von Wasserfahrzeugen in den letzten zehn Jahren stagnierte, hat die Ausfuhr elektrotechnischer sowie feinmechanischer und optischer Erzeugnisse in diesem Zeitraum ständig an Bedeutung gewonnen. 1970 wurden elektrotechnische Erzeugnisse im Werte von 177 Mill. DM ausgeführt. Die wichtigsten Abnehmerländer waren die Niederlande (24 Mill. DM), Schweden (17 Mill. DM) und Italien (15 Mill. DM). Die Ausfuhr feinmechanischer und optischer Erzeugnisse brachte 1970 107 Mill. DM ein. Diese Erzeugnisse wurden bevorzugt von Israel (11 Mill. DM), Frankreich und den Niederlanden nachgefragt (jeweils 9 Mill. DM).

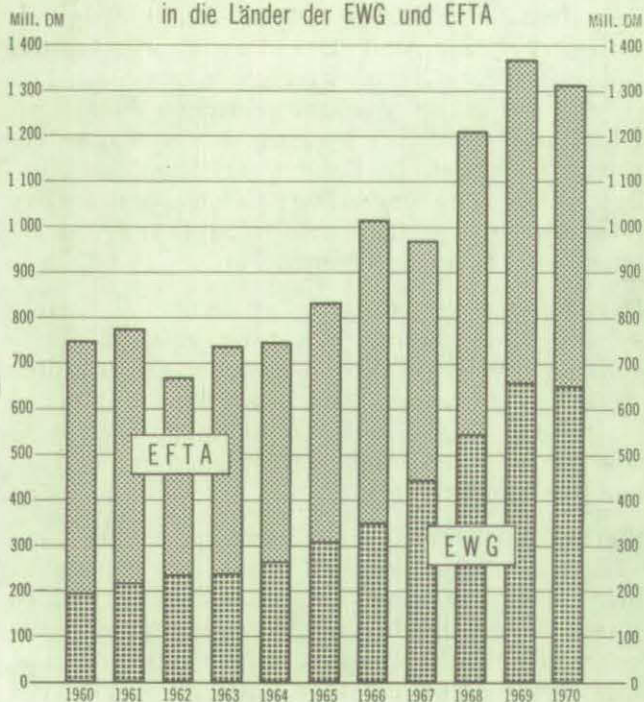
Starke Zunahme der Ausfuhr in die EWG-Länder

Die nächsten Abschnitte beschäftigen sich in erster Linie mit den Handelspartnern und nicht mit den Gütern. 1970 gingen 73 % der schleswig-holsteinischen Ausfuhr in europäische Länder. Amerika (Nord- und Südamerika) nahm 14 % der Exporte auf. Es folgten Asien mit 8 %, Afrika mit 5 % und Australien-Ozeanien mit weniger als 1 % Exportanteil. Diese Reihenfolge der Kontinente besteht seit etwa 1961. Zuvor hatten abwechselnd Afrika, Amerika und Asien hinter Europa die zweite Stelle eingenommen.

Die wichtigsten Abnehmer schleswig-holsteinischer Waren sind in Europa die Länder der EWG und EFTA. In die Länder, die der EFTA angehören (Großbritannien, Island, Norwegen,

D - 4364

Die Entwicklung der Ausfuhr in die Länder der EWG und EFTA



Schweden, Dänemark, Schweiz, Österreich, Portugal), wurden 1970 Waren im Werte von 664 Mill. DM (31 % der Gesamtausfuhr) exportiert. In die Länder der EWG konnten zur gleichen Zeit Waren im Werte von 651 Mill. DM (30 %) abgesetzt werden. Die Ausfuhr in die EWG- und EFTA-Länder hat sich seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Freihandelszone (die Verträge zur Gründung der EWG traten am 1. 1. 1958 in Kraft, die erste im EFTA-Vertrag vorgesehene Senkung der Binnenzölle erfolgte am 1. 7. 1960) unterschiedlich stark entwickelt. Während die Ausfuhr in die EFTA-Länder von 1960 an um 20% angestiegen ist, konnte die Ausfuhr in die EWG-Staaten um 230% gesteigert werden. Wenn die Ausfuhrwerte um die Schiffsexporte gekürzt werden, verringert sich der krasse Unterschied bei den Zuwachsraten etwas. Von 1960 an gerechnet, stieg die Ausfuhr in die EFTA-Länder um 108%. Der Anstieg der Exporte in die EWG betrug 324%.

Offensichtlich stellten die Importzölle der EFTA-Staaten ein größeres Handelshemmnis dar als die Randlage Schleswig-Holsteins in bezug auf die Industriezentren des EWG-Raumes. Das mag unter anderem daran liegen, daß der Export von hochwertigen Erzeugnissen wie elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, für die die Transportkosten im Verhältnis zu den Fertigungskosten einen geringen Aufwandsposten darstellen, überdurchschnittlich zugenommen haben.

Schleswig-Holstein rückte dadurch - im Hinblick auf die Höhe der Transportkosten - näher an die EWG-Länder heran. Dementsprechend haben sich die relativen Vorteile aus der günstigen Verkehrslage zu Dänemark, Großbritannien, Schweden und Norwegen verringert.

Der Export der Bundesrepublik Deutschland in die Länder der EWG und EFTA unterliegt derselben Tendenz wie der Schleswig-Holsteins in diese Länder. 1960 betragen die Anteile der EWG und der EFTA an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland 30% und 28%. Bis zum Jahre 1970 war der Ausfuhranteil der EWG auf 40% angestiegen, während der Anteil der EFTA auf 23% gesunken war.

Größter Nachfrager die Niederlande

Von den EWG-Ländern sind die Niederlande der bedeutendste Nachfrager schleswig-holsteinischer Exportwaren. Im Jahre 1970 bezog dieses Land Waren im Werte von 226 Mill. DM. Elektrotechnische Erzeugnisse, Eisenwaren und Maschinen waren die bevorzugten Importgüter dieses Landes. Im gleichen Jahr lag Italien mit 178 Mill. DM an zweiter Stelle. Italiens Nachfrage konzentrierte sich auf Maschinen (Pumpen), Roheisen und elektrotechnische Erzeugnisse. An dritter Stelle folgte Frankreich mit einem Import in Höhe von 156 Mill. DM. Neben Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen waren chemische Vorerzeugnisse von französischen Unternehmen besonders gefragt.

Das bedeutendste Abnehmerland der "kleinen Freihandelszone", wie die EFTA auch genannt wird, war Großbritannien. Es bezog 1970 von Schleswig-Holstein Waren im Werte von 152 Mill. DM. Allein 65 Mill. DM entfielen auf Wasserfahrzeuge. Ein wichtiger Handelspartner Schleswig-Holsteins ist auch Dänemark. Dieses Land importierte Waren im Werte von 135 Mill. DM. Hinter Dänemark folgten Schweden mit Importen in Höhe von 106 Mill. DM und Norwegen, dessen Importe sich auf 101 Mill. DM beliefen.

Das für Schleswig-Holstein wichtigste Abnehmerland außerhalb Europas sind die USA. 1970 führte dieses Land Waren im Werte von 154 Mill. DM ein. Ausschlaggebend für die starke wirtschaftliche Verflechtung Schleswig-Holsteins mit den USA dürfte einmal die hohe Industrialisierungsstufe beider Volkswirtschaften sein. Zum anderen hat natürlich auch die nach dem 2. Weltkrieg auf Liberalisierung des Handels drängende Wirtschaftspolitik in den USA und in Europa zu dem regen Warenaustausch beigetragen. Ein wichtiges Ergebnis

dieser Wirtschaftspolitik bildete das GATT (General Agreement on Tariffs and Trade), ein multilateraler Vertrag, der unter anderem einen wesentlichen Abbau der Zölle und anderer Handelsschranken zum Ziel hat.

Betrachten wir nun die Ausfuhr in die Ostblockländer (einschließlich asiatischer Ostblockländer, aber ohne Jugoslawien). Zu der Gesamtausfuhr Schleswig-Holsteins trug sie bisher nur in geringem Umfang bei. 1970 betrug ihr Anteil 5%. Der Anteil dieser Staaten an der Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland belief sich in demselben Jahr auf 4%.

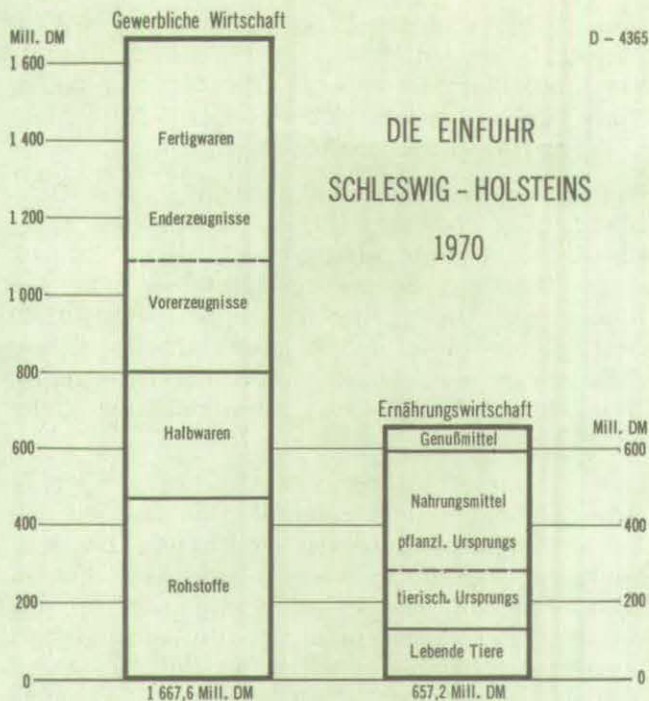
Daß die Ostblockländer bislang relativ wenig Güter in der Bundesrepublik Deutschland und in den industrialisierten westlichen Ländern kauften, dürfte mehrere Ursachen haben. Eine Ursache besteht sicherlich darin, daß die Ostblockländer nicht in die Abhängigkeit westlicher Länder geraten wollten. Auch in Zukunft wird der Umfang des Warenaustausches sicherlich durch den Gegensatz von Handels- und Sicherheitsinteressen bestimmt werden. Andererseits dürfte auch die begrenzte Verwertbarkeit der Waren aus dem Ostblock eine Ausdehnung der Importe aus den westlichen Industriestaaten verhindert haben. Denn im allgemeinen kann ein Land seine Importe langfristig nur dann erhöhen, wenn die Exporte im gleichen Umfang gesteigert werden können.

Einfuhr

Dänemark wichtigster Partner bei der Einfuhr

Im nächsten Abschnitt wenden wir uns der Einfuhr Schleswig-Holsteins im Jahre 1970 zu. Aus dem Ausland bezog Schleswig-Holstein Waren im Werte von 2,3 Milliarden DM. Davon entfielen auf Güter der Ernährungswirtschaft 657 Mill. DM. Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs wurden von den Gütern der Ernährungswirtschaft von Schleswig-Holstein am stärksten nachgefragt (315 Mill. DM). Dann folgten Nahrungsmittel tierischen Ursprungs (151 Mill. DM), Lebende Tiere (130 Mill. DM) und zuletzt Genußmittel (61 Mill. DM).

Die Einfuhr von Gütern der gewerblichen Wirtschaft belief sich im gleichen Zeitraum auf 1 668 Mill. DM. Der Import von Fertigwaren erreichte einen Wert von 872 Mill. DM, wovon auf Enderzeugnisse 582 Mill. DM und auf Vorerzeugnisse 290 Mill. DM entfielen. Rohstoffe wurden im Werte von 466 Mill. DM importiert. Der Import von Halbwaren erreichte einen Wert von 330 Mill. DM. Rohstoffe für die Energieversorgung - Steinkohle, Braunkohle und Erdöl - hatten den größten Anteil an der Rohstoffeinfuhr (circa



300 Mill. DM). Bei den Halbwaren dominierten Bau- und Nutzholz (96 Mill. DM), Kraftstoffe und Schmieröle (59 Mill. DM) sowie Holz-

masse und Zellstoff (53 Mill. DM). Die drei größten Posten innerhalb der Gruppe Fertigwaren bildeten Maschinen (169 Mill. DM), Papier und Pappe (119 Mill. DM) und elektronische Erzeugnisse (114 Mill. DM).

Die wichtigsten Handelspartner Schleswig-Holsteins auf der Lieferantenseite sind wiederum die Länder der EWG, der EFTA und die USA. Aus den EWG-Ländern wurden 1970 Waren im Werte von 569 Mill. DM importiert. Bedeutendstes Lieferland der EWG-Staaten waren die Niederlande mit 251 Mill. DM. Danach folgten Frankreich, Belgien-Luxemburg und schließlich Italien. Die EFTA-Länder lieferten zusammen Waren im Werte von 854 Mill. DM. Den Löwenanteil hatte Dänemark, dessen Exporte nach Schleswig-Holstein 488 Mill. DM erreichten. Den zweiten Platz hinter Dänemark nahm Schweden ein. Sein Export betrug 180 Mill. DM. Großbritannien brachte es auf 105 Mill. DM. Die übrigen Länder hatten nur geringen Anteil am Gesamtexport nach Schleswig-Holstein.

Karlheinz König

Nähere Angaben sind in den Statistischen Berichten G III 1 und G III 3 enthalten

Die Rechtspflegestatistiken

Statistiken aus dem Tätigkeitsbereich der Justiz gehören nicht zu denen, über die viel geschrieben und geredet wird. Manchem Leser mag sogar die eine oder andere Rechtspflegestatistik unbekannt sein. Einen kurz gefaßten Überblick über dieses Gebiet der amtlichen Statistik zu geben, ist der Sinn dieses Aufsatzes.

Die Statistischen Landesämter bearbeiten folgende Rechtspflegestatistiken:

- die Justizstatistiken für Zivil- und Strafsachen,
- die Strafverfolgungsstatistik und die Mord- und Totschlagstatistik,
- die Vollzugsstatistik,
- die Bewährungshilfestatistik und
- die Statistik der gerichtlichen Ehelösungen.

Die Justizstatistiken für Zivil- und Strafsachen werden seit 1969/70 durchgeführt. Für jedes Dezernat, jede Kammer und jeden Senat werden Zählblätter über erstinstanzliche Verfahren und Verfahren der Rechtsmittelinstanzen angelegt. Für Zivilverfahren gibt es 6, für Strafverfahren 5 verschiedene Zählblätter.

Die wichtigsten Angaben betreffen den Gegenstand, die Dauer und die Erledigung des

Verfahrens. Den Belegen für Zivilsachen kann man z. B. entnehmen, ob es sich um einen gewöhnlichen Prozeß oder um ein Aufgebotsverfahren handelte, wie hoch der Streitwert lag, ob das Verfahren durch ein streitiges Urteil oder einen Vergleich endete und ob es sich z. B. bei einem gewöhnlichen Prozeß um eine Räumungsklage handelte.

Bei den Strafsachen wird auch die Art des Spruchkörpers unterschieden, also ob Einzelrichter, Schöffengericht, kleine oder große Strafkammer, Schwurgericht usw. Aus den Zählblättern kann abgelesen werden, ob es sich um Einsprüche gegen einen Strafbefehl oder um eine Privatklage handelte, ob das Verfahren durch Urteil oder eine der verschiedenen Einstellungsarten endete und anderes mehr.

1970 wurden an Zivilprozeßsachen erledigt: 32 100 Verfahren vor dem Amtsgericht, 11 200 erstinstanzliche, 1 600 Berufungs- und 2 200 Beschwerdeverfahren vor dem Landgericht sowie 1 200 Berufungs- und 900 Beschwerdeverfahren vor dem Oberlandesgericht.

Im gleichen Jahr wurden an Strafsachen und Bußgeldverfahren erledigt: 25 600 Prozesse vor dem Amtsgericht, 400 erstinstanzliche und 1 900 Berufungs- und Beschwerdeverfahren

vor dem Landgericht sowie 4 erstinstanzliche Verfahren und 400 Revisionen und sonstige Verfahren vor dem Oberlandesgericht.

Die Strafverfolgungsstatistik ist eine der ältesten Rechtspflegestatistiken, sie wurde bereits 1882 als Reichsstatistik eingeführt. Sie handelt von den rechtskräftig Abgeurteilten. Die Strafvollstreckungsbehörden, also die Staatsanwaltschaften und die Amtsgerichte, legen für jeden rechtskräftig Abgeurteilten ein statistisches Zählblatt an und schicken es zur weiteren Aufbereitung monatlich an das Statistische Landesamt. Für die nach allgemeinem und die nach Jugendstrafrecht Abgeurteilten werden unterschiedliche Zählpapiere benutzt. Die Angaben betreffen das erkennende Gericht, die persönlichen und sozialen Merkmale des Abgeurteilten, Tat und Sühne sowie die früheren Verurteilungen und Strafen.

Die Zählblätter werden im Statistischen Landesamt ergänzt. Am wichtigsten ist dabei die Codierung der strafbaren Handlung. Bei Tatmehrheit ist jene zu wählen, die nach dem Gesetz mit der höchsten Strafe bedroht ist. Als Strafe geben die Strafvollstreckungsbehörden dann die für diese strafbare Handlung festgesetzte Einzelstrafe an.

1970 wurden rund 21 600 Personen nach allgemeinem und 4 600 Personen nach Jugendstrafrecht abgeurteilt. Verurteilt wurden davon 87%. Fast die Hälfte aller verurteilten Erwachsenen standen wegen eines Straßenverkehrsvergehens vor Gericht.

Als Komplement zur Strafverfolgungsstatistik wird seit 1967 die Mord- und Totschlagstatistik durchgeführt. Sie enthält Angaben über die nach den §§ 211 bis 213 StGB wegen Vollendung oder Versuchs als Täter, Anstifter oder Gehilfe rechtskräftig Verurteilten.

Für diese Personen werden vom Statistischen Landesamt Urteilsabschriften angefordert, aus denen ihre persönlichen, sozialen und kriminologischen Verhältnisse, ihre Beziehungen zum Opfer, ihre Motive, der Tathergang und die Aburteilung herausgezogen werden. Die Ergebnisse werden in größeren Abständen vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

Als weitere Ergänzung der Strafverfolgungsstatistik wurde 1961 die Strafvollzugsstatistik eingeführt. Sie gibt Auskunft über die Anfangs- und Endbestände an Strafgefangenen, Sicherungsverwahrten und auf Grund strafrichterlicher Entscheidung Untergebrachten, ihre Zu- und Abgänge und die Belegungsfähigkeit der Anstalten. Ferner werden Tabellen erstellt, die die genannten Personen nach der strafbaren Handlung, der Strafe oder Maßregel, ihrer Dauer, den Vorstrafen und Wiedereinlieferungsabständen sowie nach sozialen Merkmalen gliedern,

wie Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeit und dergleichen.

Um die Statistik nicht unnötig zu komplizieren, werden die über die reine Bestandsrechnung hinausgehenden Angaben nur für die am 31. März einsitzenden Strafgefangenen und Verwahrten sowie die Untergebrachten erhoben.

Von den Strafvollzugsanstalten erhält das Statistische Landesamt die Angaben für den 31. März durch Zählblätter gemeldet. Sie sind Durchschläge der Personalbogen. Im Statistischen Landesamt werden die Angaben verschlüsselt und die Datenzentrale stellt anschließend maschinell die Tabellen her.

Ende März 1970 saßen in schleswig-holsteinischen Vollzugsanstalten 1 199 Strafgefangene und Sicherungsverwahrte ein, und zwar 10 Jugendliche, 89 Heranwachsende und 1 100 Erwachsene. Die rund 2 200 Plätze in den Strafvollzugsanstalten waren 1970 im Durchschnitt zu 95% belegt. In den Landeskrankenhäusern Schleswig, Neustadt und Heiligenhafen waren Ende 1970 190 Personen untergebracht.

Ein Teil der Verurteilten braucht bekanntlich die Freiheitsstrafe gar nicht anzutreten und bei einer anderen Gruppe wird die Strafe nach Verbüßung eines Teils ausgesetzt. Diese Fälle sind Gegenstand der 1963 eingeführten Bewährungshilfestatistik. Diese wird im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des neugefaßten allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches vom 1. Oktober 1973 an noch an Bedeutung gewinnen; denn dann haben die Bewährungshelfer auch die der Führungsaufsicht Unterstellten zu betreuen.

Die Bewährungshelfer legen zusammen mit dem Personalbogen des Probanden ein statistisches Zählblatt an. Nach Abschluß der Bewährungsaufsicht werden die Zählblätter an das Statistische Landesamt eingesandt, das die Zählblätter prüft und zur weiteren Aufbereitung an das Statistische Bundesamt sendet.

Jeder Bewährungshelfer hat außerdem dem Landesjustizministerium in einer Tabelle für den 31. Dezember jedes Jahres darzulegen, wie viele Probanden er zu betreuen hat. Die Landesergebnisse gelangen über das Statistische Landesamt an das Statistische Bundesamt. Aus den verschiedenen Unterlagen stellt das Statistische Bundesamt 4 Tabellen für jedes Land zusammen. 2 Tabellen bringen Bestands- und Bewegungszahlen. Diese Ergebnisse sind daher vornehmlich für die Justizverwaltung aufschlußreich, da sie den Arbeitsanfall der Bewährungshelfer zeigen. Die Bewährungshelfer selbst gewinnen eine Unterlage, an der sie ihre Arbeitsquoten mit

denen ihrer Kollegen aus anderen Bundesländern vergleichen können.

Die zwei anderen Tabellen schlüsseln die Probanden, deren Unterstellung infolge Bewährung oder Widerruf endete, nach persönlichen und kriminologischen Merkmalen auf, z. B. nach dem Alter, dem Familienstand und der Straftat.

Ende 1970 betreuten 21 hauptamtliche Bewährungshelfer 1 500 Probanden, von denen 661 nach allgemeinem Strafrecht und 839 nach Jugendstrafrecht verurteilt waren. Jeder Bewährungshelfer hatte damit 71 Probanden zu beaufsichtigen.

Die Statistik der gerichtlichen Ehelösungen ist durch das Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes von 1957 angeordnet worden. Sie wird daher auch normalerweise zu den Bevölkerungsstatistiken gezählt. Sie bildet unter anderem eines der Elemente für die Fortschreibung nach dem Familienstand. Sie ist jedoch von der Sache her genausogut den Rechtspflegestatistiken zuzuordnen, da die Zählblätter auf Grund der Gerichtsakten ausgefüllt werden und über Kläger und Beklagten berichten.

Für jedes rechtskräftige Urteil in Ehesachen legen die Landgerichte ein Zählblatt an, das außer den persönlichen Angaben der Beteiligten und ihrer Kinder Angaben darüber enthält, ob die Ehe geschieden, aufgehoben oder für nichtig erklärt wurde, wer der schuldige Ehepartner war oder bei wem der Grund lag.

Die Angaben in den Zählblättern werden wieder vom Statistischen Landesamt verschlüsselt und von der Datenzentrale maschinell aufbereitet. Die Tabellen geben nicht nur Auskunft über

die Ehescheidungsgründe, sondern auch über Alter und Religion der Geschiedenen, über die Ehedauer, über die minderjährigen Kinder usw. Durch die vielen Kombinationstabellen wird fast jeder Interpretationswunsch erfüllt. Die Ergebnisse dieser Statistik sind sowohl für den Kriminologen und Soziologen als auch für den Bevölkerungswissenschaftler von hohem Interesse.

Zur Zeit werden rund 3 500 Ehen pro Jahr geschieden. Aufhebungen und Nichtigkeit von Ehen spielen eine ganz untergeordnete Rolle. Wegen der Absprachen unter den Beteiligten sagen die Angaben über den Schuldparagraphen nur wenig aus. In 97 von 100 Fällen wird eine andere Eheverfehlung als der Ehebruch angegeben. Sieben Zehntel der Scheidungen erfolgen nach einer Ehedauer von 10 Jahren und weniger. Das "gefährlichste" Jahr ist dabei nicht - wie immer zu hören und zu lesen ist - das siebente, sondern das dritte Jahr.

Zum Abschluß seien noch einige Worte über die polizeiliche Kriminalstatistik gesagt, die von dem Kriminalpolizeiamt in Verbindung mit der Datenzentrale geführt wird. Die daraus hier und dort zitierten Zahlen differieren zum Teil erheblich von denen, die das Statistische Landesamt mitzuteilen hat. Das hat auch seine Richtigkeit. Die Kriminalpolizei teilt die gemeldeten Straftaten, die aufgeklärten Fälle und ermittelten Tatverdächtigen mit. Von den Tatverdächtigen wird aber nur ein Teil angeklagt. Nur über die rechtskräftig Abgeurteilten berichtet aber das Statistische Landesamt.

Gustav Thissen

Nähere Angaben sind in den Statistischen Berichten A II 2 und B VI 1 (bisher: B II 1) enthalten

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

24. Jahrgang . Heft 6 . Juni 1972

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1971			1972			
				Monats- durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 494 ⁺	2 529	2 516	2 519	2 522	2 543
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 548	1 473	1 024	1 478	1 544	911	969
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		7,5	7,0	5,3	6,9	7,5	4,3	4,8
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 930	2 794	2 756	3 259	2 875	2 543	2 538
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		14,1	13,3	14,3	15,3	13,9	11,8	12,6
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 749	2 663	2 445	2 919	2 685	3 288	2 945
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		13,2	12,6	12,7	13,7	13,0	15,3	14,6
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	65	57	39	72	60	46	52
* je 1 000 Lebendgeborene		22,2	20,5	14,2	22,1	20,9	18,1	20,5
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	+ 181	+ 131	+ 311	+ 340	+ 190	- 745	- 407
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		+ 0,9	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 0,9	- 3,5	- 2,0
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	8 382	9 013	7 606	8 948	9 957	7 089
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 381	6 425	5 004	6 457	6 699	6 130
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 001	+ 2 588	+ 2 602	+ 2 491	+ 3 258	+ 959
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	9 788	10 288	8 737	9 954	10 513	9 998
Wanderungsfälle	Anzahl	24 551	25 726	21 347	25 359	27 169	23 217
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		165	171	156	165	182	154
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	8	9	13	10	8	20	19	15	12
darunter *Männer	1 000	5	5	7	6	4	12	12	8	6
Offene Stellen	1 000	24	22	23	25	26	15	18	21	21
darunter für Männer	1 000	15	13	14	15	15	9	11	12	12
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 407 ^a	1 364 ^a
darunter *Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	493 ^a	477 ^a
*Schweine	1 000	1 774 ^a	1 667 ^a	.	1 704	.	.	.	1 691	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	183 ^a	169 ^a	.	178	.	.	.	169	.
darunter *trächtig	1 000	112 ^a	106 ^a	.	111	.	.	.	106	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	34	35	28	33	30	29	25	28	25
*Kälber	1 000 St.	3	2	3	4	4	2	2	3	2
*Schweine	1 000 St.	200	209	198	209	197	210	195	196	189
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	9 ^b	9 ^c	15	12	6	16	12	8	5
*Schlachtungsmengen 5) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	25,9	25,1	21,7	24,2	23,1	23,5	21,4	22,8	21,8
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	8,3	8,5	6,6	8,0	7,4	7,0	6,2	7,1	6,5
*Kälber	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1
*Schweine	1 000 t	17,4	16,4	14,8	16,0	15,4	16,3	15,0	15,4	15,1
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	241	243	242	244	247	247	251	254	262
Kälber	kg	61	66	62	63	64	65	72	72	68
Schweine (ab Januar 1971 neue Berechnungsgrundlage, Vergleichbarkeit mit früheren Zahlen eingeschränkt)	kg	91	82	81	81	81	84	82	82	82
Geflügel										
Eingelegte Bruteier 6) *für Legehennenküken	1 000	497	580	659	764	679	469	553	738	680
*für Masthühnerküken	1 000	911	825	486	867	973	856	565	836	941
*Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	803	755	619	828	345	920	851	900	625
*Milcherzeugung	1 000 t	178	174	168	210	225	170	174	217	228
darunter *an Melereien geliefert	%	92	92	91	92	92	92	92	92	93
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,6	11,8	12,4	13,9	15,5	11,5	12,6	14,7	15,9

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) Ergebnis der Volkszählung vom 27. 5. 1970

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1970/71 = 16

c) Winterhalbjahr 1971/72 = 12

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1971			1972			
			Monats- durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	191	191	191	191	191	187	187	187	187
darunter *Arbeiter 9)	1 000	145	143	144	144	144	139	139	139	139
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	24 110	23 229	22 943	25 166	24 000	22 039	22 007	23 369	22 158
*Löhne (brutto)	Mill. DM	157,2	173,7	154,4	167,8	169,9	170,1	166,0	179,7	171,4
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	66,6	75,8	69,1	70,7	71,6	80,5	79,3	81,8	79,8
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	33	26	26	30	29	15	15	25	25
*Gasverbrauch ¹¹⁾	Mill. Nebm	23,9	25,4	28,4	28,8	27,5	26,9	27,1	30,1	28,0
*Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. Nebm	11,2	8,3	10,1	9,0	8,8	5,6	5,6	8,7	8,6
*Erd- und Erdölgas	Mill. Nebm	12,7	17,1	18,4	19,8	18,7	21,2	21,5	21,4	19,4
*Heizölverbrauch	1 000 t	94	94	93	106	95	98	96	101	95
*leichtes Heizöl	1 000 t	19	19	23	25	20	27	27	25	21
*schweres Heizöl	1 000 t	75	75	70	81	75	71	70	77	74
*Stromverbrauch	Mill. kWh	156	160	157	169	162	158	159	173	164
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	37	34	34	36	33	37	33	34	31
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ¹²⁾	Mill. DM	1 070	1 197	1 077	1 261	1 197	1 043	1 090	1 264	1 203
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	144	165	133	226	137	125	137	194	195
Produktionsindex (arbeitstäglich)										
*Gesamtindustrie	1962=100	163	169	173	168	185	152	157	167	184
*Bergbau	1962=100	118	119	123	122	121	110	114	112	110
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	201	197	215	203	240	132	154	183	198
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	179	182	192	182	197	179	174	177	205
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	173	191	189	190	207	191	201	199	227
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	123	131	124	124	132	123	126	134	141
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	126	135	121	102	154	74	95	129	...
Handwerk (Meßziffern) ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	96	95	.	94	.	.	.	94	.
*Umsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1962=100	151	171	.	130	.	.	.	147	.
darunter *Handwerksumsatz	Vj. -D 1962=100	155	178	.	130	.	.	.	149	.
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	219	272	310	363	224	413	344	245	204
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	449	488	488	537	469	681	571	576	517
*Gaserzeugung (brutto) ¹¹⁾	Mill. Nebm	16	18	22	25	19	35	30	27	21
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	62 480	63 049	60 498	63 361	63 792	60 048	59 971	60 864	61 469
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 238	8 713	7 325	7 329	9 605	4 548	5 861	8 353	8 528
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 414	3 766	3 181	3 102	4 107	2 107	2 865	3 773	3 862
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	964	1 258	1 200	1 264	1 492	796	1 053	1 390	1 323
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 616	3 484	2 735	2 789	3 789	1 581	1 882	3 091	3 236
*Löhne (brutto)	Mill. DM	66,1	78,2	58,7	59,2	81,6	40,9	53,3	77,8	81,1
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	7,0	8,4	6,9	7,6	7,7	8,2	8,2	8,6	8,3
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	176,7	217,3	134,0	170,6	172,8	163,4	131,0	171,1	147,0

⁸⁾ wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

⁸⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

⁹⁾ einschließlich gewerblicher Lehrlinge

¹⁰⁾ eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

¹¹⁾ umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 kcal/Nebm

¹²⁾ ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

¹³⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1971			1972			
		Monats- durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	884	977	698	1 054	990	587	896	976	988
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	787	865	621	909	883	519	784	889	868
*umbauter Raum	1 000 cbm	911	1 096	898	1 290	957	616	1 015	940	1 131
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	115 158	157 576	123 120	175 145	133 324	96 273	152 862	148 732	177 880
*Wohnfläche	1 000 qm	174	209	179	241	180	117	195	170	213
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	181	157	114	168	148	95	110	104	138
*umbauter Raum	1 000 cbm	794	698	350	833	568	289	491	475	506
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	75 158	72 917	36 494	112 011	56 627	31 910	50 327	44 043	47 176
*Nutzfläche	1 000 qm	142	126	64	143	107	56	88	84	92
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 357	2 880	2 442	3 460	2 303	1 628	2 713	2 183	2 857
Baufertigstellungen										
Wohnungen	Anzahl	1 837	2 356	749	866	810	973	650	1 144	1 066
Wohnräume ¹⁴⁾	Anzahl	7 782	9 876	3 116	3 749	3 760	3 916	2 642	4 538	4 375
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	180,5	214,6	173,5	275,7	179,9	165,4	178,4	202,0	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	23,8	29,2	26,1	37,1	29,5	30,9	28,6	30,0	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	156,7	185,4	147,4	238,5	150,4	134,6	149,8	172,0	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	3,9	3,7	3,8	4,3	3,6	3,7	4,5	4,0	...
*Halbwaren	Mill. DM	12,8	11,5	12,4	16,0	9,6	6,5	9,7	9,3	...
*Fertigwaren	Mill. DM	140,1	170,2	131,2	218,3	137,1	124,3	135,6	158,6	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	14,3	15,7	15,1	16,2	16,1	13,6	16,1	16,1	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	125,8	154,5	116,1	202,1	121,0	110,8	119,6	142,6	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	54,2	65,4	54,1	71,5	67,0	60,5	66,0	69,6	...
darunter Italien	Mill. DM	14,8	19,9	11,2	17,8	13,1	13,0	17,1	16,2	...
Niederlande	Mill. DM	18,9	21,9	21,0	23,6	22,5	22,7	24,4	29,3	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	55,3	58,6	47,9	63,8	49,6	42,6	49,8	59,7	...
darunter Dänemark	Mill. DM	11,2	17,0	14,2	24,8	14,6	10,8	13,9	16,7	...
Großbritannien	Mill. DM	12,7	12,6	9,0	7,6	7,6	5,1	8,7	11,0	...
Norwegen	Mill. DM	8,5	3,9	3,2	4,4	2,9	3,7	4,5	5,6	...
Schweden	Mill. DM	8,8	8,3	6,3	9,8	10,1	9,2	7,8	8,2	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	32 072	32 015	30 876	36 576	31 175	d	.	.	.
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	36 673	36 934	34 660	37 801	31 373	d	.	.	.
Index der Einzelhandelsumsätze										
(einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100
Index der Gastgewerbesumsätze										
(einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100
Fremdenverkehr in 136 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	189	190	69	91	137	59	67	110	p 127
darunter *von Auslandsgästen	1 000	20	19	7	10	20	6	6	12	p 17
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 514	1 546	233	336	529	224	238	437	p 557
darunter *von Auslandsgästen	1 000	41	40	14	19	33	13	14	23	p 32
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	1 329	r 1 263	1 096	1 221	1 266
Güterversand	1 000 t	547	540	447	503	510
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	259	253	238	261	267	206	195	277	228
*Güterversand	1 000 t	373	387	348	379	410	194	174	381	378
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	7 817	8 001	7 617	11 254	10 056	6 445	7 385	11 776	...
*Personenkraftwagen 15)	Anzahl	24	36	29	41	80	15	37	106	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	6 925	7 126	6 837	10 135	9 051	5 827	6 648	10 554	...
	Anzahl	502	471	447	628	562	353	405	581	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 404	1 436	1 040	1 151	1 222	1 196	1 002	p 1 380	p 1 370
*Getötete Personen	Anzahl	74	76	57	53	66	73	46	p 77	p 53
*Verletzte Personen	Anzahl	1 933	1 972	1 424	1 543	1 643	1 592	1 367	p 1 898	p 1 831

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

15) einschließlich Kombinationskraftwagen

d) ist ab Januar 1972 nicht mehr nach Ländern gegliedert

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1971			1972			
		Monats- durchschnitt e)		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁶⁾										
*Kredite (17) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	16 502	17 984	16 684	16 899	17 058	18 113	18 241	18 481	...
darunter										
*Kredite (17) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	.	17 280	.	.	.	17 411	17 539	17 774	...
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	.	3 933	.	.	.	3 958	3 953	4 027	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	.	3 904	.	.	.	3 813	3 817	3 945	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	.	29	.	.	.	145	136	83	...
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	.	1 432	.	.	.	1 417	1 423	1 432	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	.	1 358	.	.	.	1 341	1 343	1 353	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	.	74	.	.	.	76	80	79	...
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	.	11 915	.	.	.	12 036	12 163	12 314	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	.	10 222	.	.	.	10 324	10 416	10 547	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	.	1 693	.	.	.	1 712	1 747	1 767	...
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁷⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	11 288	14 258	11 511	11 460	11 647	14 451	14 618	14 472	...
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	5 478	7 764	5 602	5 518	5 681	7 892	8 008	7 829	...
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 870	4 487	3 858	3 925	3 993	4 623	4 589	4 530	...
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 608	3 277	1 643	1 593	1 689	3 269	3 419	3 299	...
*Spareinlagen	Mill. DM	5 810	6 495	5 909	5 942	5 966	6 559	6 610	6 643	...
*bei Sparkassen	Mill. DM	3 686	4 049	3 735	3 749	3 758	4 070	4 103	4 114	...
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	318	353	303	300	276	572	392	331	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	274	296	240	267	252	508	341	298	...
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	12	12	17	14	12	7	19	14	11
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1	0,7	1	2	-	1	2	1	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	449	357	297	367	382	319	324	307	...
*Wechselsumme	Mill. DM	1,136	1,064	0,684	1,020	0,947	0,767	1,078	0,772	...
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	224 573	266 929	234 720	297 676	175 448	350 223	245 170	348 870	209 839
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	152 308	186 345	147 082	240 733	105 284	220 708	147 563	275 406	124 232
*Lohnsteuer (18)	1 000 DM	97 946	126 774	138 524	86 115	93 309	191 803	132 570	103 567	108 950
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	40 050	45 774	6 240	138 536	10 265	17 701	11 228	140 280	16 994
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 613	1 651	1 566	1 617	180	2 231	895	2 253	1 721
*Körperschaftsteuer (18)	1 000 DM	12 699	12 147	752	34 464	1 530	8 972	2 871	29 306	- 3 433
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	72 265	80 583	87 638	56 943	70 164	129 514	97 607	73 464	85 607
*Umsatzsteuer	1 000 DM	52 564	59 882	69 143	38 793	48 154	109 530	75 008	51 688	64 037
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	19 701	20 702	18 495	18 150	22 010	19 984	22 599	21 776	21 570
*Bundessteuern	1 000 DM	84 313	90 364	68 324	120 495	100 424	62 766	93 486	109 748	133 649
*Zölle	1 000 DM	8 419	9 428	7 501	14 538	9 079	8 278	7 242	9 635	14 374
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	70 830	75 362	55 519	97 967	86 657	49 876	81 001	92 306	115 954
*Landessteuern	1 000 DM	24 387	25 763	32 242	25 537	23 409	25 024	35 049	24 408	22 197
*Vermögensteuer	1 000 DM	5 607	5 272	13 036	2 694	1 410	831	13 280	1 520	495
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	13 205	14 462	13 115	16 509	15 620	17 927	13 879	16 621	16 161
*Biersteuer	1 000 DM	988	1 013	460	953	884	1 025	644	759	953
*Gemeindesteuern im Vierteljahr	1 000 DM	125 325 ⁺	140 471 ⁺	.	129 212	.	.	.	138 250	.
*Grundsteuer A (19)	1 000 DM	7 232 ⁺	6 949 ⁺	.	5 938	.	.	.	6 946	.
*Grundsteuer B (20)	1 000 DM	21 027 ⁺	22 200 ⁺	.	21 208	.	.	.	22 161	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) (21)	1 000 DM	74 721 ⁺	86 515 ⁺	.	78 627	.	.	.	82 210	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	10 846 ⁺	12 259 ⁺	.	12 552	.	.	.	14 535	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	202 059	227 530	176 760	263 747	212 527	235 977	218 610	278 133	274 572
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	62 305	74 647	47 089	103 392	45 392	78 505	57 498	120 634	53 300
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	50 586	56 408	61 348	39 860	49 115	90 660	62 445	47 751	70 658
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	4 855	6 110	-	-	17 597	4 045	180	-	16 965
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	140 434	174 664	176 265	181 219	134 536	221 306	179 823	194 950	153 450
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	69 857	86 188	75 794	108 690	45 392	109 172	68 595	120 634	53 300
*Anteil an den Steuern vom Umsatz (22)	1 000 DM	41 334	56 603	68 228	46 992	48 138	83 065	75 199	49 908	60 988
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	4 855	6 110	-	-	17 597	4 045	180	-	16 965
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	147 429 ⁺	185 026 ⁺	.	156 655	.	.	.	147 858	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) (23)	1 000 DM	52 182 ⁺	43 261 ⁺	.	42 897	.	.	.	73 760	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	44 644 ⁺	87 810 ⁺	.	63 174	.	.	.	18 059	.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1971			1972			
			Monats- durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	107,2	106,7	108,2	109,7	110,4	104,4	104,8	105,6	...
Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	1962=100	116,6	121,6	120,9	121,5	122,0	122,8	123,2	123,6	...
Grundstoffpreise 24)	1962=100	104,3	105,2	104,1	105,1	105,8	105,8	106,5	107,1	...
Erzeugerpreise										
Industrieller Produkte 24)	1962=100	107,5 ^f	112,5	111,5	112,0	112,4	114,0	114,4	115,0	115,3
landwirtschaftlicher Produkte 24)	1961/63=100	106,2 ^f	98,1 ^g	96,5	98,0	98,2	106,3	108,3	108,0	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude 25)	1962=100	147,4	162,7	155,8
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 24)	1962/63=100	105,8 ^f	110,8 ^g	111,8	112,6	112,7	116,2	117,1	117,9	...
Einzelhandelspreise	1962=100	112,5	118,0	116,2	117,0	117,5	121,1	121,7	122,3	122,5
*Preisindex für die Lebenshaltung 26)	1962=100	123,7	130,4	127,7	128,7	129,3	134,3	135,0	135,6	135,9
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1962=100	117,4	122,6	120,2	121,1	122,0	126,0	126,6	127,1	127,4
Kleidung, Schuhe	1962=100	118,0	125,2	122,5	123,4	123,9	129,9	130,4	131,2	131,7
Wohnungsmieten	1962=100	168,5	178,5	174,4	175,7	176,9	183,4	184,3	185,5	186,0
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1962=100	124,4	131,0	130,3	130,6	129,4	137,5	138,9	138,8	137,5
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1962=100	114,1	120,6	118,1	118,8	119,2	124,1	124,5	125,0	125,3
Löhne und Gehälter 27)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	297	337	.	.	320	344
darunter *Facharbeiter	DM	318	359	.	.	342	365
*weibliche Arbeiter	DM	178	198	.	.	193	209
darunter *Hilfsarbeiter	DM	173	193	.	.	187	204
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	6,55	7,48	.	.	7,21	7,78
darunter *Facharbeiter	DM	6,98	7,94	.	.	7,68	8,21
*weibliche Arbeiter	DM	4,32	4,83	.	.	4,70	5,12
darunter *Hilfsarbeiter	DM	4,17	4,68	.	.	4,57	4,99
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	45,3	45,0	.	.	44,3	44,3
weibliche Arbeiter	Std.	41,2	41,0	.	.	40,9	40,9
Geleistete Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	41,3	40,0	.	.	38,9	40,8
weibliche Arbeiter	Std.	36,8	35,0	.	.	35,2	37,8
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
In Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 453	1 638	.	.	1 615	1 728
*weiblich	DM	946	1 076	.	.	1 050	1 146
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 579	1 765	.	.	1 738	1 859
*weiblich	DM	966	1 088	.	.	1 050	1 180
In Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 270	1 412	.	.	1 406	1 466
*weiblich	DM	795	884	.	.	885	907
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 437	1 598	.	.	1 603	1 649
weiblich	DM	(911)	(991)
In Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 329	1 484	.	.	1 473	1 548
weiblich	DM	839	938	.	.	933	974
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 572	1 755	.	.	1 730	1 848
weiblich	DM	965	1 085	.	.	1 048	1 173

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

16) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

17) einschließlich durchlaufender Kredite

18) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

20) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

19) Grundsteuerbeiträge abgeglichen

21) Gewerbesteuerzuschüsse abgeglichen

22) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970

23) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

24) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

25) nur Neubau

26) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit - 1962 - rund 750 DM monatlicher Lebenshaltungsausgaben

27) Effektivverdienste

e) Bestandszahlen bei Geld und Kredit: Stand 31.12.

f) Wirtschaftsjahr 1969/70 (Juli-Juni)

g) Wirtschaftsjahr 1970/71 (Juli-Juni)

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹⁾ in 1 000	fertiggestellte Wohnungen ¹⁾		Bestand an Wohnungen in 1 000	ins-gesamt	in EWG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		ins-gesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						ins-gesamt	Auslands-gäste	ins-gesamt	Auslands-gäste
	Mill. DM								in 1 000			
1967	25	26	39	847 ^a	1 541	445	525	1 385	2 032	240	14 917	479
1968	24	24	29	845 ^a	1 905	545	667	1 722	2 048	238	15 602	473
1969	28	23	24	868 ^a	2 159	656	707	1 901	2 151	235	16 856	466
1970	27	21	19	889 ^a	2 166	651	664	1 880	2 256	236	18 079	489
1971	33	27	17	916 ^a	2 576	785	703	2 226	2 273	232	18 517	485

Jahr	Kfz-Bestand am 1.7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen ⁴⁾ am 31.12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegs-opfer-fürsorge
	ins-gesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		ins-gesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	in 1 000											
1967	569	12	451	37	14 297	742	19 243	4 158	112,6	40,3	37,5	13,5
1968	596	10	478	38	14 877	769	20 246	4 744	117,8	39,7	34,0	12,7
1969	636	8	516	39	15 153	778	20 619	5 295	124,8	41,4	31,7	11,6
1970	698	7	573	42	16 851	882	23 200	5 810	148,4	49,3	32,7	13,1
1971	754	6	626	44	17 233	915	23 668	6 495	175,7	59,8	...	17,0

Jahr	Steuern								Neuverschuldung ⁵⁾			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauch-steuern	Gewerbe-steuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		ins-gesamt	Lohn-steuer	veranlagte Einkommen-steuer				ins-gesamt	Kredit-markt-mittel
	Mill. DM											
1967	1 962	1 059	452	686	1 292	616	552	706	321	2 136	1 429	1 074
1968	1 964	1 161	479	586	1 442	701	571	749	340	2 361	1 461	1 089
1969	2 308	1 354	559	805	1 649	869	586	795	409	2 431	1 580	1 100
1970	2 425	1 685	590	867	1 805	1 152	481	850	342	2 641	1 734	1 209
1971	2 730	2 096	740	967	2 060	1 484	549	904	395	2 823	1 992	1 428

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohn-gebäude 1962=100	für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1962=100		Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie ⁹⁾ und Handel		öffentlicher Dienst		
	indu-strieller Produkte ⁷⁾ 1962=100	landwirt-schaftlicher Produkte ⁷⁾⁸⁾ 1961/63=100		ins-gesamt	Nahrungs-und Genuß-mittel	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾		
			Männer			Frauen	kaufmännische Angestellte	techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)		Angestellte BAT VIII (Bürokräft)	
	DM											
1967	104,9	99,8	115,9	114,4	112,0	223	135	1 048	658	1 248	1 298	922
1968	99,3	102,6	120,8	116,1	111,1	235	143	1 110	705	1 284	1 348	953
1969	101,5	106,2	127,2	119,3	114,2	259	157	1 208	758	1 398	1 449	1 021
1970	107,5	98,1	147,4	123,7	117,4	197	178	1 329	839	1 572	1 589	1 133
1971	112,5	...	162,7	130,4	122,6	337	198	1 484	938	1 755	1 724	1 236

1) nur Errichtung neuer Gebäude

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

6) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes

7) ab 1968 ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

9) einschließlich Hoch- und Tiefbau

2) Fremdenverkehrsahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)

4) ohne Postspareinlagen

5) ohne Kassenkredite

8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni

10) Endgehalt, Ortsklasse A. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

a) auf der Grundlage der Wohnungszählung 1968 fortgeschrieben

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. Januar 1972			Bevölkerungsveränderung im Januar 1972			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1972	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw ²⁾
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)					
		in %						
FLENSBURG	94 958	- 0,0	- 0,5	- 63	32	- 31	24 855	22 548
KIEL	269 172	- 0,1	- 0,7	- 136	- 129	- 265	71 457	64 803
LÜBECK	239 377	- 0,2	- 0,1	- 119	- 265	- 384	58 672	52 324
NEUMÜNSTER	86 306	- 0,0	+ 0,2	- 14	9	- 5	23 979	21 344
Dithmarschen	133 527	- 0,1	- 0,3	- 37	- 117	- 154	43 298	33 241
Flensburg-Land	73 859	+ 0,1	+ 1,8	- 8	55	47	27 092	20 746
Hzgt. Lauenburg	145 567	+ 0,1	+ 1,3	- 63	162	99	43 329	35 995
Nordfriesland	159 737	- 0,1	+ 1,4	- 40	- 117	- 157	54 044	42 350
Ostholstein	181 971	+ 0,1	+ 2,3	- 62	276	214	55 714	45 424
Pinneberg	246 864	+ 0,1	+ 2,4	23	305	328	72 878	63 294
Plön	109 772	+ 0,1	+ 1,9	- 43	140	97	36 294	29 162
Rendsburg-Eckernförde	228 221	- 0,0	+ 1,4	- 74	70	- 4	71 277	56 922
Schleswig	101 139	+ 0,1	+ 0,8	- 46	134	88	32 916	25 535
Segeberg	176 121	+ 0,1	+ 4,3	43	194	237	64 662	53 438
Steinburg	133 024	- 0,2	+ 0,5	- 72	- 131	- 203	40 877	32 609
Stormarn	163 835	+ 0,2	+ 2,6	- 34	341	307	51 446	44 088
Schleswig-Holstein	2 543 450	+ 0,0	+ 1,2	- 745	959	214	772 790	643 823

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im April 1972 (vorläufige Zahlen)			
	Betriebe am 31. 3. 1972	Beschäftigte am 31. März 1972		Umsatz ⁴⁾ im März 1972 in Mill. DM	Unfälle	Getötete ⁵⁾	Verletzte
		Anzahl	je 1 000 Einwohner				
FLENSBURG	69	8 240	87	49	48	1	58
KIEL	145	32 064	119	135	137	2	179
LÜBECK	147	29 815	125	176	124	2	145
NEUMÜNSTER	73	10 655	123	53	53	1	63
Dithmarschen	61	6 102	46	76	68	3	87
Flensburg-Land	32	980	13	8	43	3	61
Hzgt. Lauenburg	97	9 374	64	58	72	2	98
Nordfriesland	43	2 476	16	28	87	3	131
Ostholstein	72	5 787	32	33	95	2	133
Pinneberg	229	24 361	99	164	130	3	159
Plön	43	2 610	24	17	71	2	106
Rendsburg-Eckernförde	127	11 668	51	73	138	11	178
Schleswig	38	3 409	34	51	46	2	60
Segeberg	169	13 540	77	105	93	8	123
Steinburg	92	10 776	81	84	77	3	123
Stormarn	122	15 304	93	152	88	5	127
Schleswig-Holstein	1 559	187 161	74	1 264	1 370	53	1 831

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 1. 1972

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 131 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. Dezember 1971			Offene Stellen am 31. 3. 1972 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 31. 1. 1972 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im März 1972			*Ernten und Erträge 1971			
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Getreide (ohne Körnermais)		Kartoffeln	
		VZ 1961	Vor- jahres- quartal						1 000 t	dz je ha	1 000 t	dz je ha
		in %										
Schleswig-Holstein	2 543	+ 9,7	+ 1,3	21	31	217	92,0	14,7	1 698	39,7	322	278,0
Hamburg	1 782	- 2,8	- 0,7	18	66	2	94,0	11,9	18	34,7	4	275,3
Niedersachsen	7 181	+ 8,1	+ 0,8	52	130	441	90,1	14,4	4 710	39,5	3 478	312,0
Bremen	726	+ 2,8	+ 0,5	7	18	2	93,8	13,9	6	34,0	3	264,9
Nordrhein-Westfalen	17 138	+ 7,8	+ 0,8	143	623	285	91,8	13,1	3 288	40,0	1 730	335,2
Hessen	5 490	+ 14,0	+ 1,2	52	264	118	79,8	11,4	1 590	39,8	1 212	249,0
Rheinland-Pfalz	3 679	+ 7,6	+ 0,5	26	69	84	80,2	10,7	1 378	36,9	1 224	258,5
Baden-Württemberg	9 055	+ 16,7	+ 1,1	97	516	205	76,8	9,2	2 297	40,4	1 917	282,5
Bayern	10 691	+ 12,4	+ 1,2	99	340	552	81,4	9,4	5 217	40,2	5 059	244,4
Saarland	1 122	+ 4,6	+ 0,1	5	28	10	80,0	11,3	147	35,0	226	278,0
Berlin (West)	2 084	- 5,2	- 1,5	17	76	0	23,6	14,6	3	30,5	2	166,7
Bundesgebiet	61 489	+ 9,5	+ 0,8	537	2 159	1 916	85,5	11,4	20 351	39,6	15 176	273,9

Land	Industrie ¹⁾				Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Januar 1972				
	Beschäftigte am 29. 2. 1972		Umsatz ²⁾ im Februar 1972		Produktions- index 3) 1962=100 im Februar 1972	Beschäftigte am 31. 1. 1972		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Mill. DM	Aus- lands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	187	73	1 090	13	157	60	24	1 628	6,4	973	3,8
Hamburg	201	113	1 580	13	122	43	24	1 280	7,2	678	3,8
Niedersachsen	777	108	4 651	23	147	166	23	5 175	7,2	1 974	2,7
Bremen	100	137	825	20	.	21	29	492	6,8	209	2,9
Nordrhein-Westfalen	2 625	153	14 883	20	143	370	22	11 385	6,6	5 148	3,0
Hessen	737	134	3 642	23	162	132	24	4 382	8,0	1 066	1,9
Rheinland-Pfalz	403	109	2 522	24	228	83	23	3 627	9,9	682	1,9
Baden-Württemberg	1 561	172	7 877	21	164	206	23	7 625	8,4	2 650	2,9
Bayern	1 361	127	6 656	20	155	262	25	9 944	9,3	3 196	3,0
Saarland	171	152	683	28	165	21	19	618	5,5	174	1,6
Berlin (West)	242	116	1 331	10	144	41	20	1 218	5,8	1 169	5,6
Bundesgebiet	8 363	136	45 740	20	156	1 406	23	47 374	7,7	17 919	2,9

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Januar 1972		Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Februar 1972				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 29. 2. 1972 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
								im 4. Vierteljahr 1971		
	in 1 000						DM je Einwohner			
Schleswig-Holstein	773	644	1 002	46	1 367	141	2 599	224	298	...
Hamburg	513	465	863	27	1 182	140	4 947	401	1 800	...
Niedersachsen	2 160	1 781	2 944	183	4 028	143	3 186	240	260	...
Bremen	204	183	305	12	371	126	3 760	287	1 116	...
Nordrhein-Westfalen	4 733	4 178	7 010	310	9 182	135	3 715	269	421	...
Hessen	1 747	1 489	2 391	119	3 292	143	4 103	281	419	...
Rheinland-Pfalz	1 132	919	1 523	93	2 190	150	3 342	231	317	...
Baden-Württemberg	2 854	2 381	3 332	194	4 852	151	3 856	287	437	...
Bayern	3 434	2 703	3 902	214	5 546	148	3 849	253	338	...
Saarland	300	263	478	30	652	143	3 074	233	281	...
Berlin (West)	483	437	986	35	1 221	127	3 091	206	632	...
Bundesgebiet	18 408 ^a	15 476 ^a	24 736	1 263	33 883	142	3 667	264	434	...

²⁾ An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

7) ohne Postspareinlagen

4) ohne Bundespost und Bundesbahn

6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

a) einschließlich Bundespost und Bundesbahn: 75 703 Kfz und 32 469 Pkw

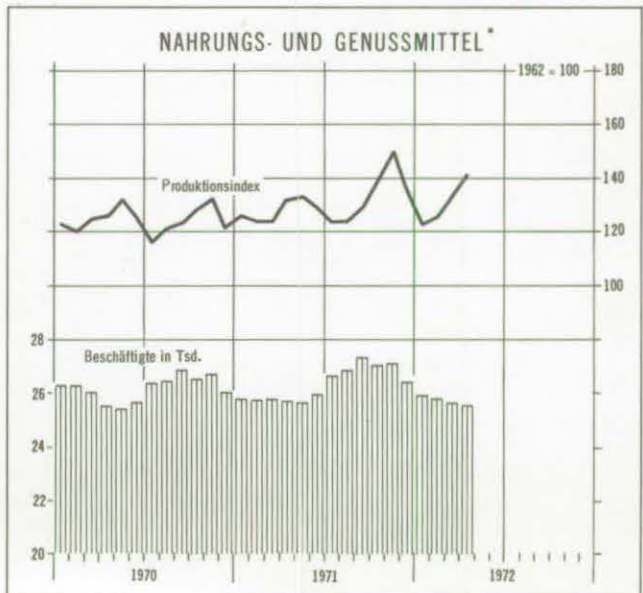
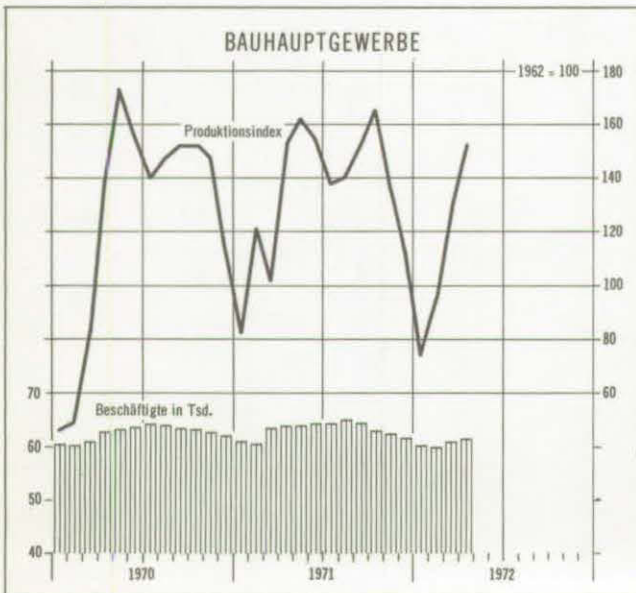
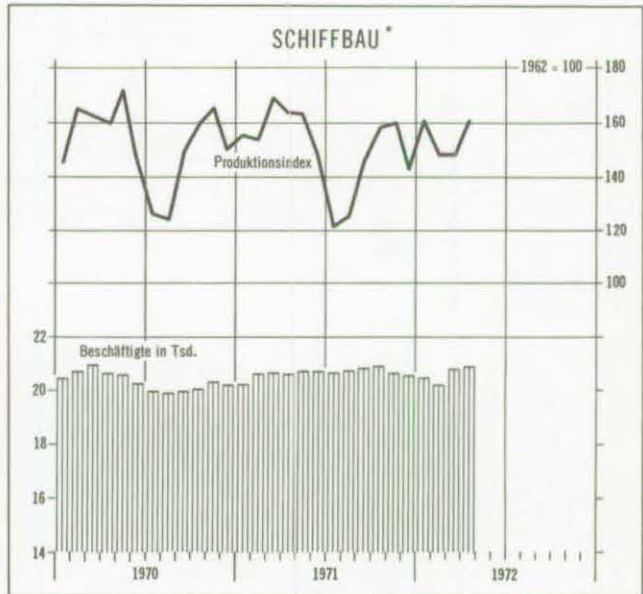
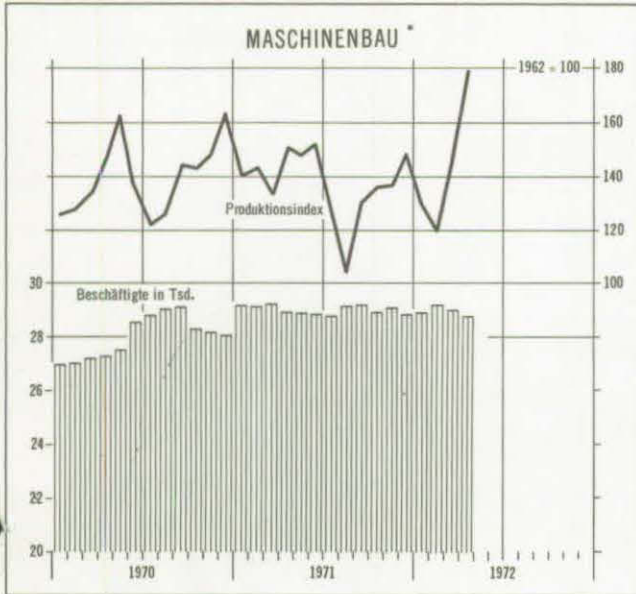
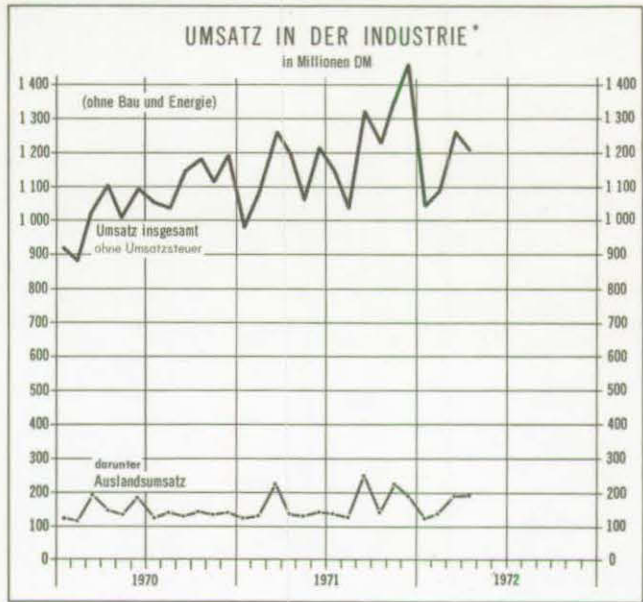
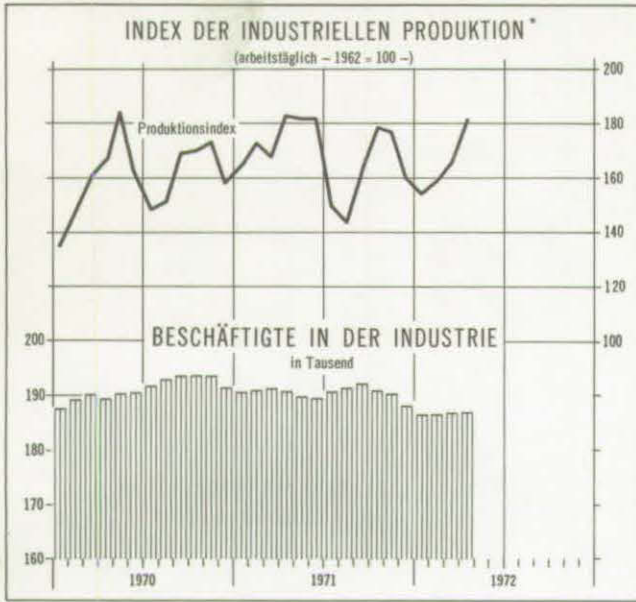
Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

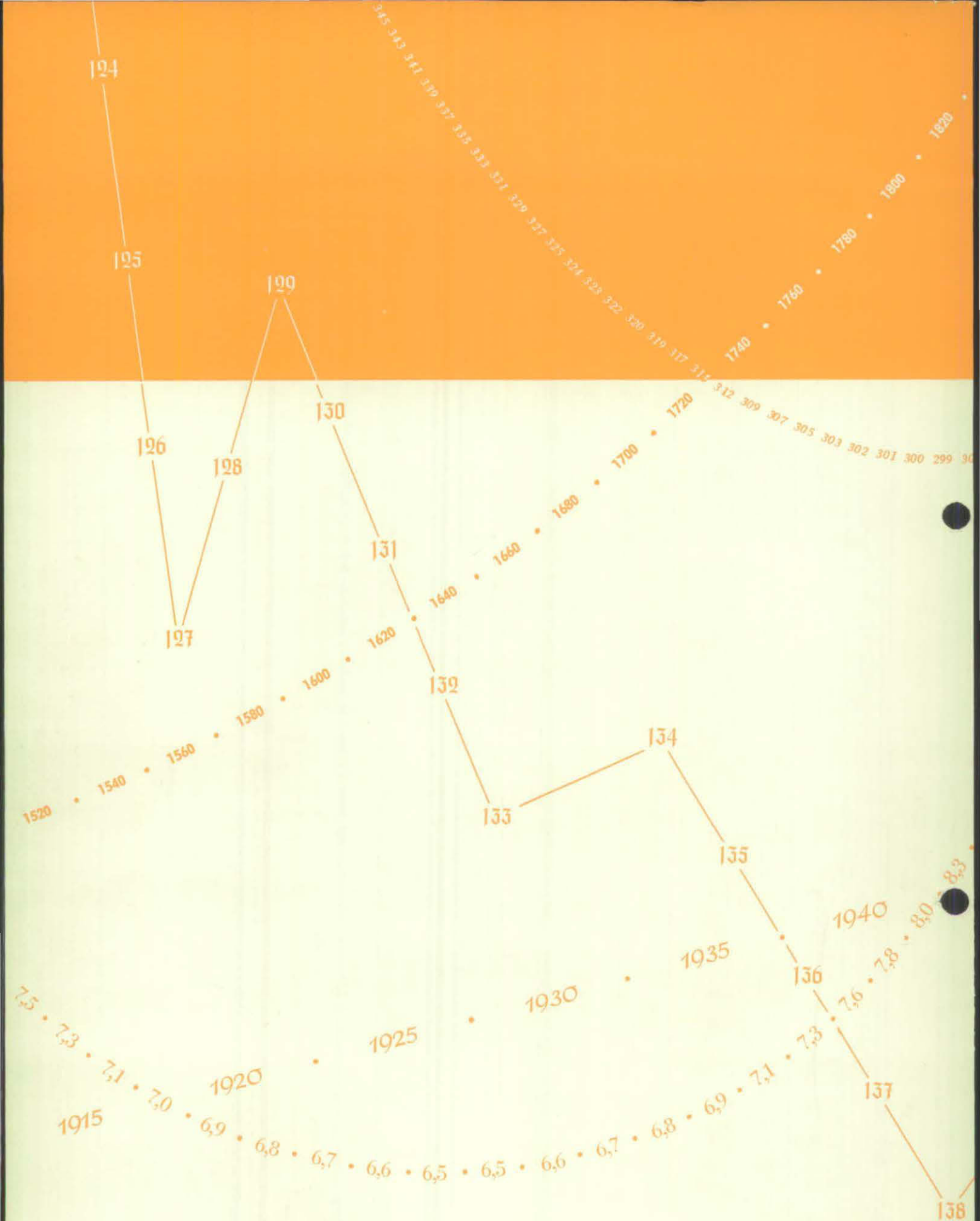
	Heft/Seite
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Altersaufbau der Bevölkerung	1/10
Bevölkerungsentwicklung (Volkszählungen)	2/27
Bevölkerungsvorausschätzung (Teil 2)	1/22
Religionszugehörigkeit der Bevölkerung	5/95
Volkszählung und Fortschreibung	4/70
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Gemüseanbau	3/65
Landwirtschaftliche Betriebe 1960 und 1971	1/2
Unternehmen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)	
Kapitalgesellschaften	5/116
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Wohngeld 1970	5/114
Wohnungen in Land und Bund	2/34
Wohnungsmieten	1/5
Verkehr	
Nord-Ostsee-Kanal 1971	5/106
Öffentliche Finanzen	
Einkünfte in freien Berufen	5/111
Personalstruktur öffentlicher Dienst (Teil 1)	3/57
Personalstruktur öffentlicher Dienst (Teil 2)	5/98
Schichtung der Einkommensteuerpflichtigen	4/88
Umsätze 1970	3/50
Versorgung und Verbrauch	
Essen außer Haus	1/17
Langlebige Gebrauchsgüter in den Haushalten	2/40
Vermögen der Haushalte	4/76

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeitervdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheja

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM. Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen